

Ostdeutsche Presse.

Erscheint täglich, ausgenommen an Sonn- und Festtagen, je 2-4 Bogen stark.
Wöchentlich drei Gratis-Beilagen: „Bromberger Verkehrs-Zeitung“ (4 Seiten stark),
„Unterhaltungsblatt“ (8 Seiten stark), „Illustriertes Unterhaltungsblatt“ (8 Seiten stark).
Außerdem „Verlosungsliste“ (14 tágig).

In Bromberg kostet die Zeitung: Abgeholt aus unserer Geschäftsstelle, Wilhelm-Strasse 20,
oder aus einer unserer Ausgabestellen vierteljährlich 1,75 Mark, für 2 Monate 1,20 Mark,
für 1 Monat 0,60 Mark.
Frei ins Haus: vierteljährlich 2 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 0,70 Mk.
Für Auswärts nimmt jede Postanstalt Bestellungen entgegen und kostet die Zeitung
vierteljährlich 2 Mark.



Anzeigen nehmen außerhalb sämtliche Zeitungen an; außerdem Rudolf Mosse, Sachsenstr. u.
Bogler, G. L. Daube u. Co., sowohl in Berlin als ihren übrigen Nebenplätzen; Bernhard Arndt
in Berlin; Heinrich Eisler in Berlin, Hamburg, S. Salomon, Stettin; Sociétés Havaas Laakke
& Co., Paris 8 Place de la Bourse. Alois Herndl, Wien, I, Schulerstrasse 14.

Die 7-gespaltene Beitzelle oder deren Raum kostet 20 Pf. Arbeitsmarkt 15 Pf.
Reklamen-Zeile 50 Pf. Wohnungs-, Arbeitsmarkt- und Auktions-Anzeigen dieser Zeitung finden
unentgeltliche Aufnahme in dem „Bromberger Straßen-Anzeiger“, welcher täglich an die
Anschlagtafeln geheftet wird.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur dann zurückgeschickt, wenn das Porto beigefügt war.

29. Jahrgang.

Unsere Geschäftsstelle besorgt Anzeigen für sämtliche in- und ausländische Zeitungen zu Originalpreisen ohne jeden Aufschlag.

29. Jahrgang.

No. 151.

Bromberg, Freitag, den 30. Juni.

1905.

Anlässlich des Vierteljahreswechsels

richten wir an unsere Leser die Bitte, die Neubestellung auf die „Ostdeutsche Presse“ rechtzeitig bewirken zu wollen, damit im Bezuge unseres Blattes keine Unterbrechung eintritt.

Die Ostdeutsche Presse

„Bromberger Zeitung“
„Ostdeutscher Lokal-Anzeiger“

ist in den gebildetsten und besten Kreisen in Stadt und Land fest eingebürgert als das grösste und angesehenste national-liberale Organ in der Provinz Posen.

Der Bezugspreis beträgt trotz des überaus reichhaltigen Inhalts in Bromberg frei ins Haus nur 2 Mk., in Bromberg abgeholt nur 1,75 Mk., auswärts durch die Post bezogen nur 2 Mk. vierteljährlich.

Der reiche Lesestoff aller Art, den die „Ostdeutsche Presse“ täglich bringt, findet noch eine sehr erhebliche Ergänzung durch

vier Gratisbeilagen

1. das „Illustrierte Sonntagsblatt“,
2. das „Unterhaltungsblatt“,
3. die „Bromberger Verkehrs-Zeitung“,
4. die Verlosungsliste (14 tágig).

Ende September wird unentgeltlich beigelegt der

Taschenfahrplan f. d. Ostprovinzen.

In Anbetracht dieser Fülle des Lesestoffs ist die „Ostdeutsche Presse“ bei ihrem Preise von nur 2 Mark vierteljährlich zweifellos mit die

billigste Zeitung

des deutschen Ostens.

Probenummern stehen gratis und franko zur Verfügung.

Die Gärung in Russland.

Die Revolution in Russland geht wie ein Flugfeuer durchs Land; bald entzündet hier ein Brand, zahlreiche Menschenleben und wertvolles Volksgut vernichtend, bald überspringt der Funke hunderte von Meilen, um an anderer Stelle vorhandenen Zündstoff zu lodender Flamme zu entfachen. Kaum ist die Revolte in Lodz durch drakonische Maßnahmen niedergeworfen, so kommt aus Odessa die Meldung, daß sich diese Hafenstadt am Schwarzen Meere in vollem Aufruhr befindet. Und gegenüber dieser revolutionären Hydra, die bald hier, bald dort ihr schreckliches Haupt erhebt, weiß die Regierung kein anderes Abwehrmittel als das der Gewalt. Anstatt den überall aufgehäuften Zündstoff vorsorglich zu beseitigen und dem stetig um sich fressenden Brande die Nahrung zu entziehen, läßt man Kosaken aufmarschieren und die Revolutionäre nach üblicher russischer Manier maffatieren. Und dies alles, obgleich die Regierenden die Notwendigkeit von Reformen nicht leugnen, sie vielmehr zur Gesundung des Landes für unerlässlich halten. Aber die Bürokratie geht weiter ihren Schlenkerweg; die Reformpläne, die seit Monaten angekündigt sind, und auf die das Land leidend wartet, wandern gemächlich von einem Ministerressort zum andern und von einer Kommission zur andern; hier werden sie liegen gelassen, weil das eine oder das andere Kommissions- oder Staatsratsmitglied verreist ist, dort wird der Aufschub dadurch verurteilt, daß man sich über eine bürokratische Formel nicht einigen kann, und inzwischen geht der Feuerbrand weiter durchs Land. Charakteristisch für die Art, wie das Reformwerk betrieben wird, ist folgende Meldung:

Petersburg, 28. Juni. (Petersburger Telegr.-Agentur.) Der Ministerrat wird in den nächsten Tagen den Entwurf Bulgins über Zusammenberufung der Volksvertreter durchberaten haben. Alsdann soll unter Vorbehalt des Kaisers eine Sitzung des Rates stattfinden. Die Mehrzahl der Mitglieder des Rates ist der Meinung, daß die Bestimmungen über die Reichsduma nach allerhöchster Genehmigung durch ein Manifest veröffentlicht werden sollen. Im Hinblick auf die vielen Gesuche um schnellere Einberufung der Volksvertreter ist die

Minderheit der Ansicht, daß der Entwurf betr. die Duma zuerst in den Departements des Reichsrats und dann in einer allgemeinen Versammlung des Reichsrats beraten werden müßte. Da der Reichsrat jetzt Ferien hat und die Mehrzahl seiner Mitglieder verreist ist, würde seine Einberufung und die Beratung des vom Ministerrat besprochenen Entwurfs Bulgins etwa zwei Monate dauern. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Meinung der Mehrheit des Ministerrats siegen und werden Bestimmungen über die Reichsduma und die Zusammenberufung der Volksvertreter noch im Juni veröffentlicht werden.

Also der Reichsrat hat Ferien! Mag die Revolution weiter freisen und der Bürgerkrieg im Lande wüten, der Reichsrat kann sich mit solchen Kleinigkeiten nicht befassen — er hat Ferien. Und die Regierung hat noch Kosaken, um den Aufruhr zu zügeln. Sie hat sie noch; aber ob dauernd auf das Meer Verloß ist, darf denn doch nach einer Reihe von Vorkommnissen, die zeigen, daß auch im Heere die revolutionäre Stimmung um sich greift, bezweifelt werden. Was jetzt in Odessa vorgekommen ist, müßte selbst für die russische Gleichgültigkeit und Sorglosigkeit ein warnendes Renetel sein. Es handelt sich in Odessa um nichts weniger, als um hellen Aufruhr innerhalb der Marine; und was heute bei der Marine vorgekommen ist, kann sich morgen irgendwo im Heere ereignen; denn Zündstoff ist hier wie dort vorhanden. Über den Odessaer Fall, der anscheinend die Stadt in Aufruhr versetzt hat, wird gemeldet:

Odessa, 28. Juni. Als auf dem Panzerschiff „Potemkin“ ein Matrose sich beim Kommandanten über schlechte Nahrung beklagte, zog, dem „Berl. Lokalanzeiger“ zufolge, der Kommandant den Säbel und zerhackte dem Matrosen den Kopf. Darauf wurde die ganze Besatzung aufrührerisch. Der Kapitän und viele Marineoffiziere wurden getötet. Der „Potemkin“ schwimmt jetzt auf dem Schwarzen Meere. Die meuterische Besatzung droht mit der Bombardierung Odessas, wenn ihr nicht Straflosigkeit nach der Landung zugesichert wird.

Washington, 29. Juni. (Telegramm.) Der amerikanische Konsul in Odessa telegraphiert: Das Panzerschiff „Anjäs Potemkin“ und ein Torpedoboot sind gestern Abend hier angekommen. Alle Offiziere sind auf See ermordet und ihre Leichen über Bord geworfen worden. Die Mannschaften drohen, die Stadt zu beschließen, falls die Behörden zu ihrer Verhaftung schreiben sollten. Die Schwarze Meerflotte wird heute erwartet. Die Matrosen des Panzerschiffes „Anjäs Potemkin“ brachten die Leiche des Matrosen Omeltshuk an Land, welcher namens der Besatzung bei einem Offizier Klage über das schlechte Essen geführt hatte und von diesem durch einen Revolverbeschuss getötet worden war. Der Leichnam wurde auf der neuen Mole ausgestellt. Die Matrosen ließen die Behörden nicht herankommen und drohten, Widerstand zu leisten. Auf der Brust des Toten war ein Zettel angebracht mit einer von der ganzen Besatzung abgegebenen Erklärung, Omeltshuk sei für die Wahrheit gestorben, indem er einem Offizier sagte, daß die Mannschaft schlechtes Essen bekomme. Tausende von Leuten strömten nach dem Platz, wo der Leichnam ausgestellt ist und brachten Geldspenden für die Beerdigung dar.

Nach weiteren Berichten war der Vorgang auf See folgender: Omeltshuk meldete einem Offizier, daß die Leute eine schlechte Suppe erhalten, worauf dieser ihn erschoss. Die Mannschaft griff nunmehr den Kapitän und die Offiziere an, mit Ausnahme von acht, welche sich mit den Matrosen vereinigt hatten, und ertränkte sie. In Odessa angekommen, brachten die Matrosen die Leiche Omeltshuks an Land und teilten den Behörden mit, daß sie auf die Leute schießen würden, die versuchen sollten, sie zu verhaften. Eine rote Fahne wurde auf dem Panzerschiff gehißt. Die Besatzung begab sich auch zu den im Hafen liegenden Booten und Dampfern und zwang die Arbeiter, die Arbeit einzustellen. Die Kohlenzieher brachten der Mannschaft Nahrungsmittel. Die Erregung der Menge ist ungeheuer. Ein verkleideter Grenzrichter wurde bei der Leiche Omeltshuks erschossen.

Odessa, 29. Juni. (Telegramm.) Hier herrscht vollständige Revolution. Vor der Hauptkirche explodierte eine Bombe, wodurch mehrere Personen verwundet wurden. In anderen Teilen der Stadt fanden Zusammenstöße zwischen

Militär und Demonstranten statt. (Morgenpost.)
Odessa, 29. Juni. (Telegramm.) Hier geht das Gerücht, daß das Pachhaus der russischen Schiffsahrtsgesellschaft geplündert worden sei.

Wenn die Meuterer des „Anjäs Potemkin“ sich nicht schließlich doch gutwillig fügen, dürfte es nach, um das russische Unglück zur See voll zu machen, im Schwarzen Meere zu einer Seeschlacht zwischen russischen Schiffen kommen.

Inzwischen ist in Lodz eine neue Mordtat vorgekommen, und an der schlesisch-russischen Grenze, in dem Bergrevier Dombrowa, ist ein neuer allgemeiner Ausstand ausgebrochen. Wir registrieren die folgenden Depeschen:

Lodz, 29. Juni. (Telegramm.) Der Kosakengeneral Mannujow wurde gestern, der „Berl. Morgenpost“ zufolge, auf der Straße von Arbeitern angehalten, aus dem Wagen gezerrt und durch Dolchstiche ermordet. Die Mörder entkamen. Die Ermordung soll auf Beschluß der polnisch-revolutionären Partei geschehen sein.

Warschau, 29. Juni. (Telegramm.) In Lodz trafen gestern, nach dem „Berl. Lokalanzeiger“, aus Petersburg Spezialdelegierte des Kriegsministeriums als Untersuchungskommission ein. Sie sollen die Vorkommnisse der letzten Woche untersuchen.

Warschau, 28. Juni. Heute wurde in sämtlichen Gruben und Fabriken des Dombrowaer Bezirks die Arbeit eingestellt. Zurzeit ist hier in Warschau alles ruhig. — Vor der Markthalle tötete ein Unbekannter einen Polizeiwachmeister durch einen Revolverbeschuss.

Die polnische Presse in der Provinz Posen.

Es ist kaum zu bezweifeln, daß die Polen ihren kulturellen Schwerpunkt nicht in Deutschland haben. Ihre geistigen Zentren sind vielmehr Krakau, Lemberg und Warschau. Dort sind die Pflegetstätten der modernen polnischen Literatur. Im russischen Polen lebt Sienkiewicz, in Krakau gab vor 6 Jahren das Haupt der polnischen Modernen, der „Europäer“ Stanislaus Przhyszczewski die Monatschrift „Zycie“ (Leben) heraus, deren artistisches Programm weit über Galiziens Grenzen hinaus aufsehen erregte. Derartigen Erscheinungen hat der preussische Anteil Polens nichts an die Seite zu stellen, wohl aber verfügt er über eine gut organisierte politische Presse, die sich von der russischen und galizischen vor allem durch eine besser durchgeführte Zentralisation unterscheidet. Während nämlich die russisch-polnischen Zeitungen mit verschwindenden Ausnahmen alle in Warschau erscheinen und die galizischen fast alle in Krakau und Lemberg, ist das ganze von Polen bewohnte oder auch nur mit Polen durchsetzte Gebiet in Deutschland mit einem Netz von polnischen Zeitungen überzogen. Von einem eigentlichen Zentrum läßt sich darum nicht reden, schon deswegen nicht, weil zwischen den einzelnen Gebieten hinsichtlich ihres Zeitungswesens wesentliche Charakterunterschiede vorhanden sind. So ist z. B. Oberösterreich das klassische Land der radikalen Polenpresse, Rheinland-Westfalen dagegen gewährt den besten Einblick in die polnischen Arbeiterzeitungen und ihre verschiedenen Richtungen. Immerhin, wenn auch Stadt und Provinz Posen in ihrem Zeitungswesen weber der Quantität nach beherrschend, noch geistig besonders maßgebend sind, ihr Anteil an der polnischen Presse ist, schon vermöge ihrer historischen Stellung, sehr bedeutend. Er beläuft sich auf nicht weniger als 15 größere Tageszeitungen, von denen 8 in Posen selbst erscheinen, außerdem aber noch auf über 20 Wochen- und Monatschriften, die den verschiedensten Interessen dienen und fast sämtlich in Posen gedruckt werden, so daß man dieser Stadt für die unpolitische Presse allerdings den Vorrang einräumen muß. Wir heben die wichtigsten Zeitungen hervor. Das älteste Polenblatt in Posen und in Deutschland überhaupt ist der „Dziennik Poznański“, das Organ der sogenannten Nationalpartei. Sein jüngerer Bruder, der klerikale „Kuryer Poznański“, der in der Kulturkampfszeit gegründet wurde, ist vor einigen Monaten nach 33jährigem Bestehen eingegangen, aber noch immer besitzt die Dominanz und ihre St. Adalbertsdruckerei die Möglichkeit, durch den weit verbreiteten „Przemownik Katolicki“ (Katholischer Arbeiter, Wochenchrift) und durch die erst erworbene Tageszeitung „Pracyciel Ludu“ (Volksgesund) auf die Massen zu wirken. Neben diese tritt als

Organ der Volkspartei der einflußreiche „Dziennik“ (Fürsprecher) und mit verwandten Zielen, nur mit antisemitischem Einschlag, der „Postemp“ (Fortschritt), dessen Begründer und langjähriger Leiter S. Knapowski erst vor kurzem gestorben ist. Die radikale Richtung vertritt der national-demokratische „Goniec Wielkopolski“ (Großpolnischer Courier) und vor allem Martin Biedermanns „Praca“ (Arbeit), die in Verleumdungsprozessen einen Rekord zu erstreben scheint. Ferner erscheint in Posen der „Sokol“ (Falke), „das Verbandsorgan der polnischen Sokols unter deutscher Herrschaft“, das im Nationalitätentamp eine sehr wichtige Rolle spielt. Im übrigen sind eine Reihe kirchlicher, sowie gewerblich-wirtschaftlicher Zeitschriften zu erwähnen, auch eine medizinische Zeitschrift („Nowiny Lekarskie“), sowie ein humoristisch-satirisches Wochenblatt „Bokrafa“ (Schelten) mögen hier genannt werden. Tageszeitungen außerhalb Posen, meist schärferer Tonart, erscheinen in Ostrowo (2), Kosten (2), in Bromberg, in Hohenfalza, in Gnesen. Eine Monatschrift zur Förderung der Abstinenzbewegung gibt es in Pleschen.

An der Hand der Posener Presse gewinnt man den besten Einblick in die Entwicklung der polnischen Journalistik und die Verästelung der polnischen Parteibewegungen. Man darf übrigens nicht etwa glauben, daß sich die verschiedenen Richtungen besonders scharf gegenüberstünden. Im Gegenteil, sie betragen sich, zusammengehalten durch die gemeinsame Gegnerschaft gegen den deutschen Feind, ebenso gut wie sich etwa Jung- und Altsachsen miteinander verstehen. Die Führung aber, auch dafür bietet das Beispiel der Sächsen eine lehrreiche Analogie, liegt selbstverständlich bei den radikalen Elementen, die den Massen die handlicheren und darum zugkräftigeren Schlagworte darbieten.

Politische Tageschau.

** Bromberg, 29. Juni.

Eisenbahneuropapolitik. Bis die neue Eisenbahn-Betriebsmittelgemeinschaft zustande kommt und das, was man unter Tarifreform zu verstehen übereingekommen ist, Gesetzeskraft erlangt, wird bestienfalls noch mehr als ein Jahr dahingehen. Auch die Einzeltage werden sich mit den Grundzügen der neuen Maßnahmen beschäftigen, ebenso die Eisenbahnräte. Gleichwohl ist es erwünscht, ja sogar dringend geboten, daß von autoritativer Seite schon jetzt Aufklärung in Richtungen gegeben werde, in denen teils berechnete, teils unberechnete Besorgnisse sich regen. Deshalb ist das Vorgehen der Landtagsabgeordneten Dr. Friedberg und Freiherr v. Jedlis mit ihrer Interpellation bezüglich der Tarifreform zu begrüßen. Es darf angenommen werden, daß auch Herr von Budde jede sich ihm darbietende Gelegenheit gern ergreifen wird, aufklärend und beruhigend zugleich zu wirken. So manches auch bereits in den letzten Wochen an Beschwichtigungsversuchen in Erscheinung getreten ist, so bleibt doch noch viel zu sagen übrig. Selbstverständlich wäre nichts verkehrter, als den Tag vor dem Abend zu loben und Herrn von Budde schon jetzt ein Bravo zuzurufen, wo noch einige Tage hingehen müssen, bevor er die Aufklärung giebt. Deshalb braucht aber in keiner Weise verschwiegen zu werden, wie erwünscht es wäre, wenn die ministerielle Auskunft möglichst befriedigend ausfiele. Denn davon, ob die geplante Reform die Billigung seitens der öffentlichen Meinung in Preußen erhält oder nicht, hängt auch des ferneren ab, ob sich die Betriebsmittelgemeinschaft als ein Segen oder, sage man beiseiden, als ein kleiner Fortschritt zu erweisen vermag. Schon werden Mitteilungen gemacht über die Errichtung einer Zentralstelle dieser Betriebsmittelgemeinschaft. Für den Oberbau ist in unserer Zeit stets genug Interesse vorhanden, daß aber auch ein träglicher und tragfähiger Unterbau geschaffen werde, das hat man ebenso wie bei der Selbstverwaltung, auch bei der Arbeiterversicherungsgesetzgebung nur allzu sehr als eine cura posterior anzusehen sich bereit finden lassen. Und es wäre nicht gut, wenn sich dies auch in diesem Falle wieder als ein Übel herausstellen sollte, das man fast zu den erblichen zählen darf. Nur wer nicht weiß, welche Schwierigkeiten es gekostet hat, um die Verhandlungen zwischen Preußen und den Einzelstaaten wenigstens bis zu dem Punkte zu fördern, an dem sie jetzt angelangt sind, kann hierüber leichten Herzens denken. Schwierigkeiten bestehen zum Teil auch noch. Mit Württemberg allerdings ist fast volles Einverständnis erzielt; dieser Staat hofft aber, mit der Betriebsmittelgemeinschaft auf der Sackgasse herauszukommen, in die er eisenbahntechnisch und -politisch geraten ist.

Württemberg glaubt auch durch die Gemeinschaft und die Tarifreform manchen Vorteils teilhaftig zu werden, den ihm Bayern und Baden bis vor kurzem nicht recht zu gönnen schienen. In Baden aber ist die Opposition gegen die geplanten Neuerungen noch eine starke. Dort ist man zu dem Opfer genötigt, die im Volke sich großer Beliebtheit erfreuende Institution der Kilometerhefte aufzugeben. Und der greise Großherzog ist im Grunde seines Herzens erst recht kein Freund der Reform; er sieht ungern ein Stück landesherrlicher Prerogative schwinden, wenn die geplanten Neuerungen zur Einführung gelangen. Was die Stellung Sachsens zu den hier berührten Fragen betrifft, so ist es vielleicht eine übertriebene pessimistische Ansicht, die dahingehet, daß man dort am liebsten jeden Fortschritt bereitet zu sehen wünscht. Immerhin mag hier zutreffen: Es zeigt sich nirgends Rauch, wo nicht auch ein Feuer brennt. Angesichts der Erfahrungen, die Preußen mit der hessischen Betriebsmittelgemeinschaft machte bei der es die eigentlichen Kosten und Opfer zu bestreiten hatte, erscheint der Wunsch nicht ganz ungerechtfertigt, daß der größte Bundesstaat diesmal nicht unerbittlich hohe Opfer zu bringen habe.

Die großen Schöffengerichte. Man schreibt uns: Die Zeitschrift „Das Recht“ veröffentlicht von Zeit zu Zeit Fälle unter der Überschrift „Jur Praxis der Geschworenen“. Diese Fälle werden von Gegnern der Schöffengerichte mitgeteilt und obwohl wir nicht zu diesen Gegnern gehören, so müssen wir doch sagen, daß die Fälle recht einbringlich zugunsten der großen Schöffengerichte sprechen. In der letzten Nummer der erwähnten Zeitschrift teilt Amtsrichter Dr. Luz aus Waldsuhl folgenden höchst eigenartigen Fall mit: Ein Steuerheber war angeklagt, seit 2 Jahren fortgesetzt kleineren Beträge, die er amtlich eingenommen hatte, für sich verwendet und zur Verdeckung dieser Handlungen in den amtlichen Registern falsche Buchungen gemacht zu haben. Ferner hatte er seiner Behörde falsche Beläge vorgelegt und in 3 Fällen Duitungen mit dem Namen des Gemeinderedners gefälscht und der Bezirkssteuerbehörde zum Zwecke der Täuschung als echt vorgelegt. Trotzdem der Angeklagte in allen Punkten geständig war, wurde er von den Geschworenen für nichtschuldig erklärt. Wie man nachher von Geschworenen hörte, waren sie von der Ansicht ausgegangen, daß die gefälschten Duitungen nicht als Urkunden anzusehen gewesen seien. Man sieht aus diesem Falle zur Evidenz, daß die unglückselige Scheidung, die bei unseren Schöffengerichten zwischen der Tätigkeit der Berufsrichter und der der Geschworenen besteht, auch durch die Rechtsbelehrung nicht überbrückt wird. Die Rechtsbelehrung ist eben ein klägliches Zwittr: geht der Vorsitzende in der Rechtsbelehrung direkt auf den Fall ein, so handelt er ungeschickt, vermeidet er aber das Eingehen auf den Fall selbst und begnügt er sich mit einer theoretischen Erklärung der in Frage kommenden Rechtsnormen, so läuft er Gefahr, daß die Geschworenen seine juristischen Deduktionen nicht verstehen, wie es in dem hier angeführten Falle zweifellos geschehen ist. Auch jeder Nichtjurist wird uns zustimmen müssen, daß eine Preisprechung wie die hier vorliegende eine schwere Schädigung des allgemeinen Rechtsgefühls bedeutet. Denn das Volkswort „es ist besser, daß 10 Schuldige freigesprochen werden, als daß ein Unschuldiger verurteilt wird“, bezieht sich doch nur auf solche Angeklagte, deren Schuld nicht zweifellos erwiesen ist, nicht aber auf geständige und zweifellos zu Unrecht freigesprochene Angeklagte. Gätten wir schon die großen Schöffengerichte, so wäre ein so unfinnisches Urteil unbenutzbar gewesen, denn wenn auch die 6 Laienrichter der großen Schöffengerichte die 3 Berufsrichter jederzeit niederstimmen können, so würden die Berufsrichter im Beratungszimmer vor der Abstimmung Gelegenheit haben, ihre Ratsfolger über die rechtliche Sachlage aufzuklären. Darin aber wird wohl niemand eine unbedeutende und ungewaltmäßige Beeinflussung erblicken wollen.

Der Bundesrat stimmt am gestrigen Mittwoch einer neuen Vollgebühreordnung sowie neuen Vorschriften über die Entwertung der Invalidenversicherungsmarken zu.

Im Herrenhaus wurde gestern zunächst die Bergarbeiterschutznovelle unter Ablehnung aller Abänderungsanträge nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses mit großer Mehrheit angenommen. Angenommen wurde auch eine Resolution von Burgsdorff, in welcher die Regierung um gesetzliche Maßnahmen gegen den Kontraktbruch der Arbeiter und zum Schutz der Arbeitswilligen ersucht wird. Der Gesetzentwurf, betr. die Stilllegung der Bechen wurde vom Minister Müller zurückgezogen mit Rücksicht darauf, daß die Kommission die Bestimmung über den Betriebszwang gestrichen hat. Der Gesetzentwurf, betreffend zeitweises Mutterschutzverbot, wurde nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses angenommen. Am Freitag haben der Gesetzentwurf, betr. die Gebühren der Medizinalbeamten, und etwa vom Abgeordnetenhause zurückkommende Vorlagen auf der Tagesordnung.

Aus Petersburg, 28. Juni, wird gemeldet: Das Sonderabkommen, das in Ausführung des Artikels 12 des Staatsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und Rußland wegen Herstellung einer Eisenbahnverbindung zwischen der preussischen Staatsbahn bei Serby und der Serby-Czenstochauer Eisenbahn am 16. März d. J. in Kattowitz abgeschlossen worden ist, ist hier am 24. d. M. ratifiziert worden. Wie der Lokalanzeiger meldet, hat der Papst dem zuzeit in Venedig weilenden Fürsten von Serbien zur Kur weilenden Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika, Generalmajor Leutwein, nach einer Werbung des „Frank. Kur.“, durch einen Ordenspräsidenten in Anerkennung von Leutweins Verdiensten um das Missionswesen in Deutsch-Südwestafrika einen Orden überreichen lassen.

Der Besuch des Königs Alfons von Spanien in Berlin und Wien soll, wie der Madrider Richterlicher der „Daily Mail“ erzählt, im September stattfinden. Der Kaiser habe dem König Alfons eingeladen, den Herbstmanövern bei Samsburg beizuwohnen.

Deutschland.

Dresden, 28. Juni. Der König ist heute früh hier wieder eingetroffen.

Kiel, 28. Juni. Die Kaiserin ist um 4 Uhr 10 Minuten von Blön hier eingetroffen und hat sich an Bord der Hohenzollern begeben. Abends fand an Bord der Hohenzollern Diner statt. — Der Kaiser hat den Admiral v. Köster, den Chef der aktiven Schlachtflotte und Generalinspekteur der Marine zum Großadmiral ernannt.

Stuttgart, 28. Juni. In der heutigen Debatte der Kammer der Abgeordneten über die Verfassungsreform verwarfte sich Ministerpräsident v. Brechtling namens der Staatsregierung gegen den Vorwurf, daß die Regierung sich in der Verfassungsfrage nach links entwickle. Die Regierung habe konservativen Erfolg für die auscheidenden Privilegierten in einer lebensfähigen Gestaltung der ersten Kammer. Der Ministerpräsident erklärte nochmals, daß die Regierung an dem Zweikammersystem unbedingt festhalte, dafür aber die Umgestaltung der zweiten Kammer in eine reine Volkskammer aufs loyalste durchzuführen werde. Dann wurde für Württemberg das freisinnige Wahlrecht im ganzen Deutschen Reich beschlossen.

Ausland.

Osterreich.

Wien, 28. Juni. Die Abgeordnetenhaus erledigte heute die erste Lesung des Handelsvertrages mit Deutschland. Im Verlaufe der Debatte über den deutschen Handelsvertrag betont Abg. Ellenbogen unter Hinweis auf die Vorgänge in Ungarn, daß nunmehr über die Unmöglichkeit, die Gemeinsamkeit mit Ungarn aufrecht zu erhalten, kein Zweifel bestehe. Man müsse verlangen, daß Klipp und klar erklärt werde, was geschehen solle für den Fall, daß bei Ablauf der Termine für die Handelsverträge die Ordnung in Ungarn nicht wiederhergestellt wäre. Die Sozialdemokraten seien wohl für die politische Trennung, nicht aber für die wirtschaftliche. Tollinger (Centr.) verweist auf die Bedenken, welche das Vorterritorienabkommen hervorgerufen habe, und tritt dafür ein, daß für den Fall, daß es nicht gelingen sollte, die Zollgemeinschaft mit Ungarn aufrecht zu erhalten, die Regierung Vorkehrungen treffen möge für den weiteren Bestand des Handelsvertrages mit Deutschland für Österreich als selbständiges Reich. Der Handelsvertrag wurde schließlich dem Vollausschusse zugewiesen.

Budapest, 28. Juni. Im Kolnaer Komitat brach ein partieller Feldarbeiterausstand aus. Es wurde Militär requiriert. Später kam es zu einem Zusammenstoß, wobei zwei Personen verwundet wurden. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Großbritannien.

London, 28. Juni. Unterhaus. Der Staatssekretär für Indien Brodrick erklärt, der Vizekönig von Indien Lord Curzon denke nicht daran, zurückzutreten, sondern es sei von ihm eine Mitteilung eingegangen, in welcher einige Abänderungen der vorgeschlagenen Maßnahmen bezüglich der indischen Armeeverwaltung empfohlen werden. Die englische Regierung ziehe gegenwärtig die vorgeschlagenen Abänderungen in Erwägung. Premierminister Balfour erklärt in Antwort auf eine an ihn gerichtete Anfrage, daß der am 17. November 1855 geschlossene Vertrag, durch welchen sich England verpflichtet, dem König von Schweden und Norwegen den Besitz seiner Gebiete zu verleihe, in den meisten Fällen zu verteidigen, eine neuerliche Erwägung erfordere, wenn eine Trennung zwischen Schweden und Norwegen zustandekäme. In Antwort auf eine Anfrage bezüglich Zahlung der von Venezuela geschuldeten Beträge erklärt Unterstaatssekretär des Auswärtigen Carl Berch, die monatlichen Zahlungen würden jetzt von Venezuela direkt an die Vertreter Deutschlands, Großbritanniens und Italiens in Caracas geleistet. Der von Venezuela bis zum letzten April gezahlte Betrag belaufe sich auf 234 369 Pfund Sterling, also 60 Prozent der britischen Forderungen.

Amerika.

New-York, 28. Juni. Präsident Roosevelt wohnte heute der Feierlichkeit anlässlich des Studienabstufes an der Harvard-Universität in Cambridge, Massachusetts, bei und sandte aus diesem Anlaß nachstehendes Telegramm an den deutschen Kaiser: Ich habe soeben die Harvard-Universität und das Deutsche Museum besucht, dessen Gründung wir in so hohem Maße Ihrem Interesse verdanken. Ich benutze diese Gelegenheit, Ihnen und durch Sie dem deutschen Volke zu danken für viele Beweise freundlicher Zuneigung, welche in den letzten Jahren das deutsche und amerikanische Volk stetig einander näher gebracht haben. Diese wachsende Freundschaft zwischen den beiden Nationen bedeutet viel für die künftige Wohlfahrt der Menschheit, und ich wünsche Ihnen persönlich für Ihre Bemühungen um ihre Förderung zu danken.

Der Krieg.

Tokio, 28. Juni. Amtlicher Bericht. Der Feind griff in Stärke von fünf Kompagnien mit sechs Kanonen am 26. d. Mts. die Umgebung von Changbiatsien, 12 Meilen nordwestlich von Kwangping an und wurde zurückgeschlagen. Unsere Kavallerie besetzte am gleichen Tage Kusjüng, 10 Meilen nördlich von Hongkong im Norden Koreas.

Petersburg, 28. Juni. In Stadt und Kreis Petersburg beginnt heute die Einberufung der Reservisten, welche drei Wochen beanspruchen wird. Die Gesamtzahl der in der Residenz und dem Fabriktrason Einberufenen wird auf 80 000 angegeben.

Petersburg, 29. Juni. (Telegramm.) Petersburger Telegraphenagentur. Ein kaiserlicher Erlaß ordnet die Einberufung der Reservisten in

den aktiven Dienst in 109 Kreisen der Militärbezirke Petersburg, Moskau, Kiew und Warschau an.

Die nordische Krise.

Stockholm, 27. Juni. Erste Kammer. Im weiteren Verlaufe der Sitzung forderten herabziehende Redner militärische Rüstungen, um jedem Mann klar zu machen, daß es Schweden ernst mit seiner Forderung sei. Staatsminister Namstedt führte aus: Nach dem Storchingsbeschlusse vom 7. Juni gab es nur zwei Wege für Schweden, entweder zu Machtmitteln zu greifen oder zur Auflösung der Union mitzuwirken. Der Wunsch, zu Machtmitteln zu greifen, wird kaum von jemandem gehegt; allein es sind Forderungen aufgestellt worden, deren Befolgen zu solchen Maßnahmen führen müßte. Der rechtmäßige Horn darf uns nicht zum Kriege veranlassen. Was würden wir dabei gewinnen? Eine Vereinigung in der einen oder der anderen Form mit einem besiegten Norwegen kann keinen Vorteil für Schweden mit sich bringen, sondern im Gegenteil die größte Gefahr. Unsere Ehre fordert zu allererst, daß wir die Angelegenheit mit Ruhe prüfen und kluge Selbstbeherrschung beobachten. Wenn nicht weitergehende Mittel angewandt werden sollen, gibt es nichts Würdigeres für Schweden, als freiwillig zur Auflösung der Union mit zuwirken und danach zu trachten, künftige Ruhe und Frieden auf der Halbinsel aufrecht zu erhalten. Der Staatsminister wies schließlich in bestimmter Weise die Behauptung zurück, daß der Standpunkt der Regierung von dynastischen Interessen beeinflusst sei.

Stockholm, 27. Juni. In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer führte Hammarström aus, die Handlungsweise des norwegischen Storching sei in ganz Schweden als die größte Rechtskränkung aufgefaßt worden. Die Nation habe einen Schlag ins Gesicht erhalten, aber sich dagegen erhoben. Redner tadelt die Regierung, weil sie nicht auf die Stimmung des Volkes eingetreten habe. Er (Redner) sei kein Freund von Anwendung von Machtmitteln, am wenigsten des Krieges, aber das äußerste scharfe Mittel sei ihm lieber, als daß Schweden sich mit Füßen treten lasse. Im weiteren Verlaufe der Debatte erklärt Justizminister Berger, man sei darin einig, Norwegen nicht mit Machtmitteln zur Union zwingen zu wollen. Was die von Schweden zu stellenden Bedingungen angehe, so dürften nicht unmögliche Schwierigkeiten gemacht werden. Andererseits müßten aber die rechtmäßigen Interessen Schwedens in allem wahrgenommen werden. Der Minister weist sodann den Tadel, daß der Regierungsentwurf nicht die Bedingungen näher angebe, als unbedeutend zurück. Es dürfe auch nicht dienlich sein, daß der Reichstag selbst diese Bedingungen in allen Einzelheiten bestimme. Als der Storchingsbeschlusse vom 7. Juni bekannt geworden sei, habe er Unwillen und Erbitterung in Schweden hervorgerufen. Viele hätten gefordert, daß kräftige Maßnahmen gegen Norwegen ergriffen würden. Der Regierungsentwurf sei als Schwäche aufgefaßt worden; das Gegenteil sei der Fall, denn eine Schwäche wäre es gewesen, wenn die Regierung den vielen großen und kräftigen Worten nachgegeben hätte. Man würde dadurch auf einen gefährlichen Weg gekommen sein, und es sei besser gewesen, Kaltblütigkeit zu zeigen. Der Regierungsentwurf habe den besten Weg eingeschlagen. Darauf wird der Regierungsentwurf einem Ausschusse überwiesen.

Stockholm, 28. Juni. „Dagens Nyheter“ schreibt zur gestrigen Debatte im Reichstag: Nach dem Beifall, der in der Zweiten Kammer die Rede des Justizministers begleitet, muß jedes Verstehe über eine unmittelbar bevorstehende Ministerkrise und Veränderung der Verhandlungspolitik Schwedens aufhören. „Stockholms Tidningen“ konstatiert dagegen, daß die Kritik der Haltung der Regierung leicht scharfer hätte sein können und kein Seitenstück in den neueren Annalen des schwedischen Reichstages habe. „Stockholms Dagblad“ meint, daß der Reichstag die Verhandlungen mit Norwegen nun selbst in die Hand nehmen und in jedem Falle der Regierung die vorgeschlagene Vollmacht verweigern werde. „Stockholms Bladet“ sagt, daß, wenn die Debatte auch wenig Positives ergeben habe, so habe sie doch festgestellt, daß die Regierung abtanken müsse.

In der Ersten Kammer wurde ein Antrag Unger eingebracht: Der Reichstag solle sich bereit erklären, nachdem das Storching den Beschluß vom 7. Juni außer Kraft gesetzt und nachdem der König ein neues Ministerium in Norwegen gebildet haben werde, auf Verhandlungen einzugehen und, wenn diese Verhandlungen zu einem betriebigen Ergebnis geführt haben oder eventuelle Streitigkeiten durch ein internationales Schiedsgericht entschieden sind, die Reichsakte aufzuheben und so in die Auflösung der Union einzuwilligen und Norwegen als souveränen Staat anzuerkennen.

In der Zweiten Kammer brachten heute die Abgeordneten Traana und Soenffon den Antrag ein, der Reichstag möge den Vorschlag des Königs verwerfen und ausdrücklich die Anerkennung des geschiedlichen Beschlusses des norwegischen Storchings verweigern, der Reichstag möge ferner verlangen, daß der königliche Vorschlag in der nächsten Reichstagsession aufs neue eingebracht werde, und schließlich, der Reichstag möge 100 Millionen Kronen anweisen, damit die Stellung des Reichstages gegenüber dem Storchingbeschlusse den nötigen Nachdruck erhalten könne, falls der Versuch gemacht oder der Versuch befürchtet werden sollte, den Storchingbeschlusse mit Gewalt durchzuführen. Der Abgeordnete Raef beantragte, die Angelegenheit bis zur nächsten ordentlichen Reichstagsession auszuschieben oder daß, wenn dieses nicht tunlich erscheine, der Reichstag allein Delegierte ernenne, die, falls Norwegen dies wünschen sollte, in Verhandlungen mit dem Storching eintreten, daß diese Verhandlungen aber nicht bindend sein sollten, bis sie vom schwedischen Reichstage und dem norwegischen Storching genehmigt worden sind und die Sanktion des Königs erhalten haben. Abgeordneter Brodin beantragte, daß der königliche Beschluß nur unter der Voraussetzung angenommen werden solle, daß die Unterhandlung so lange als provisorische gelten, bis das norwegische Volk durch neue Wahlen sich für die Unionsauflösung

ausgesprochen hat, und daß die Antwort von dem Reichstage erteilt werden solle, der nach den Wahlen zusammentritt. Ferner solle der Reichstag beschließen, dem König eine größere Summe zur Disposition zu stellen für den Fall, daß Schweden, um seine Ehre und sein Recht zu wahren, genötigt sein sollte, verstärkte Maßregeln zu treffen. Abgeordneter Kronlund brachte folgende Punkte für ein bindendes Abkommen, die für Schweden annehmbar wären, ein: 1. Schließung der Grenzbestimmungen; 2. jedes Land sichert sich freien Verkehr mit dem andern und freie Durchfahrtswege durch das andere; 3. ungehinderte Nutzung von Exportmöglichkeiten über Narvik für Schweden und des Transitverkehrs über Ofoten für Norwegen; 4. keine besonderen Vorzugsrechte für Staaten außerhalb Skandinaviens; 5. Schiedsgerichtsverträge; 6. die Frage der Weiden für Rentiere wird geordnet; 7. Norwegen verpflichtet sich, die Ausgaben für seine Diplomatie und sein Konsulatswesen zu bezahlen, bis die Union formell gelöst ist.

Bunte Chronik.

— Der Kniff einer Heiratslustigen. Ein origineller Fall, der beinahe der Einfall eines Possendichters sein könnte, beschäufte in diesen Tagen die Ofen-Pester Polizei. Schlußendlich meldete ein Mädchen beim Polizeiamt, daß ihr Bräutigam sie verlassen wolle, weil man ihr ihr kleines Vermögen gestohlen habe. Sie hatte bei reichen Herrschaften gebient, jahrelang die Trinkgelder gesammelt und sich den Bissen vom Munde gespart, bis sie etwa 2000 Kronen zusammen hatte. Als ihre Mutter starb, hinterließ diese ihr weitere 1000 Kronen, so daß sie rund 3000 Kronen in der Sparkasse anlegen konnte. Nun machte sie die Bekanntschaft eines Schloßers, dem sie wohl gefiel, und der sich mit der Milgist selbständig machen wollte. Unmittelbar vor der Hochzeit aber stieß ihr das Unglück zu: ihr Sparkassenbuch wurde entwendet. Die Polizei nahm sich des armen Mädchens an und führte die Ermittlungen mit besonderem Eifer. Sie vermochte jedoch keinen Erfolg zu erzielen. Das Mädchen hatte die Sparkasse, bei der sie ihr Geld angelegt, vergessen. Sie konnte nicht einmal das Gebäude angeben, da angeblich jemand anders für sie das Geld einzuzahlen pflegte. Schließlich geriet einer der Detektive auf die Idee, daß das Mädchen vielleicht überhaupt kein Sparkassenbuch gehabt habe und die Polizei anführe. Man begann ein Verhör mit ihr, das sie in höchste Verwirrung brachte. Sie konnte weder die reichen Gästner angeben, in denen sie gedient, noch den Zeitpunkt, in dem sie ihre Mutter beerbt hatte. Sie verwickelte sich in Widersprüche und gestand endlich, daß sie nichts bejessen. „Wo haben Sie denn die Polizei beauftragt?“ fragte man sie. Nun bekannte das Mädchen, daß das Motiv — die Heiratslust gewesen sei. Ein armes Mädchen könnte keinen Mann bekommen. Sie wollte sich verheiraten, und da sie ihren Bräutigam auch wirklich liebte, so wollte sie ihn festhalten, indem sie von ihrer Milgist erzählte. Als er dann im letzten Augenblick zu drängen begann, fiel ihr ein, ihm einzugeben, das Geld sei gestohlen. Nun hat sie das ersehnte Sparkassenbuch und den wirklichen Bräutigam mit einem Schläge verloren.

— Aupenhagen, 28. Juni. Vom untergegangenen Schulschiff. Bei dem Verhör vor dem See- und Handelsgericht erklärte der Kapitän des Schulschiffes Georg Stage, Walte Brun, daß man auf dem Georg Stage zuerst beide Seitenlaternen des Dampfes Ancona gesehen habe. Der Dampfer habe darauf eine Drehung vorgenommen, so daß man nur die grüne Laterne und die Topplaterne sah. Er, der Kapitän, und der erste Steuermann des Schulschiffes seien sich sofort darüber klar geworden, daß dieses Manöver verhängnisvoll war und einen Zusammenstoß herbeiführen würde. Der Kapitän des Schulschiffes verweigert, daß der Kurs des Georg Stage die ganze Zeit stetig gehalten wurde. Der Kapitän der Ancona, Mitchell, der während des Zusammenstoßes mit dem ersten Steuermann und dem Rudergast auf der Dampferbrücke war, sagte aus, er habe zehn bis fünfzehn Minuten vor dem Zusammenstoß zum ersten Male die rote Laterne des Segelschiffes einen halben Strich nachbord gesehen und sie so die ganze Zeit behalten, bis er ungefähr zwei Minuten vor dem Zusammenstoß das Ruder nachbord legte. Kapitän Mitchell erklärte, kein Glockenläuten von dem Schulschiff gehört zu haben.

— Ein ungebildiger Sträfling. In Zürich war kürzlich ein Mann namens Furrer wegen Diebstahls zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden und sollte nun nach Delsdorf gebracht werden, um dort seine Strafe abzulfen. Da der Zug noch nicht angekommen war, schloß der Gendarm, der den Transport ausführen, seinen Gefangenen in das Wartezimmer ein. Furrer wollte nicht länger warten, und da ein Fenster offen stand, stieg er auf die Straße hinab, nahm ein Zweirad, das einem Detektiv gehörte und radelte zu dem Gefängnis. Dort erzählte er, daß er sechs Monate sitzen müsse und seinen Wärter zurückgelassen hätte. Der Direktor des Gefängnisses glaubte erst, Furrer mache sich einen Spaß mit ihm, aber als er nach Zürich telephonierte, fand er zu seinem großen Erstaunen, daß Furrers Angaben richtig waren, und nun stellte er ihm eine Zelle zur Verfügung.

— Durch eine nächtliche Bombenexplosion wurde in Breslau der untere Teil des Treppenhauses im Wohnhaus des Malermeisters Rumsch, des Arbeiterführers im dortigen Malertrief, stark beschädigt. Die Bombe war aus einer alten Blechbüchse konstruiert worden. Der Täter ist entkommen. Verlezt wurde niemand.

— Ein Mord aus Eifersucht wird aus Wachen gemeldet. Im benachbarten Neutralmoresnet wurde ein junger Mann, der mit seiner Braut abends einen Spaziergang unternahm, von zwei Personen angegriffen und durch Stiche ins Herz getötet. Es handelt sich um einen Mord aus Eifersucht. Der Täter entkam in der Dunkelheit, ist jedoch von dem Mädchen erkannt worden.

Die **Ausfunkei W. Schimmelpfeng** bildet mit der ihr verbundenen vornehmsten amerikanischen Ausfunkei **The Bradstreet Company** eine große bewährte Organisation für kaufmännische Gründungen. Bureau für die Provinz Bosen in Bosen O. L. Bismarckstr. 1. (41)

Ans Stadt und Land.

Bromberg, 29. Juni.

Bilder vom Tage. In unserem Schaufenster sind von heute an folgende Bilder neu ausgestellt: Automobiltour des Kaisers, Hannover-Hamburg. Anknüpfung auf der St. Pauli Landungsbrücke.

Seminarlehrer Bruno Stein, der bekanntlich Dirigent des Beamtenvereins "Eintracht" ist, hat in jüngster Zeit mehrere Kompositionen veröffentlicht, welche teils der Fachkritik ungemein günstige Besprechungen erfahren haben.

In Rakers Sommertheater wurde gestern zum ersten Male die Schwanenoper "Telephon-Geheimnisse" von Reimann u. Hausleiter vor mäßig besetztem Hause gegeben.

Der Haus- und Grundbesitzerverein der Vororte Brombergs hielt gestern unter Beteiligung von ca. 150 Mitgliedern seine Monatsversammlung im Restaurant 4. Schleiße ab.

Spielplan der Sommertheater. C. H. S. i. u. m. Heute Donnerstag Schönhan-Radelburgs Lustspiel "Die berühmte Frau".

Kammermusikabende. Unser Musikleben wird im nächsten Winter eine dankenswerte Bereicherung erfahren, und zwar durch vier Kammermusikabende, welche Direktor A. Schattschneider mit den Lehrkräften seines Konservatoriums im Zivillasino veranstaltet wird.

Kirchliches. Am heutigen St. Peter- und Paulsfeste fand in den beiden katholischen Kirchen die Feier der ersten Kommunion für die Mädchen (an Zahl 300) statt, während die gleiche Feier für

die Knaben (an Zahl 286) am kommenden Sonntag abgehalten wird.

Im Schützenhausgarten findet am morgigen Freitag und Sonnabend eine Vorführung des Schlachtenpotpourris von Müller, verbunden mit großem Konzert der 53er Artilleriekapelle statt, worauf wir auch an dieser Stelle hinweisen. Siehe Anzeige.

Das Kreisriegerverbandesfest findet, wie bereits erwähnt, am kommenden Sonntag, 2. Juli, hier statt. Zu dem Feste haben sich bis jetzt rund 2000 alte Soldaten angemeldet.

Die Barbier-, Friseur- und Perrückenmacherinnung begeht am Sonntag, 9. und Montag, 10. Juli, im Dichtmannschen Etablissement die Feier ihres 25jährigen Jubiläums.

Der Haus- und Grundbesitzerverein der Vororte Brombergs hielt gestern unter Beteiligung von ca. 150 Mitgliedern seine Monatsversammlung im Restaurant 4. Schleiße ab.

Festgenommen und dem Polizeigewahran zugewiesen wurde der obdachlose Schuhmacher Schwoch, weil er dem Schuhmacher Kleiber am 15. März d. J. ein Geldstück im Werte von 12 Mark aus dessen verschlossener Wohnung gestohlen hat.

Der Zirkus Schumann trifft, wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich, anfangs Juli hier ein und wird auf der Paberischen Wiese Aufstellung nehmen.

Vom Kaufmannsgericht. Für die Wahl der Besitzer des Kaufmannsgerichts sind, nach amtlicher Bekanntmachung, folgende Vorschlagslisten eingegangen: Für Besitzer aus dem Kreise der

Kaufleute die Herren: F. Vindentrauf, Moritz Meyerhohn, Johannes Wachinski, Franz Meßki, Julius Butolfer, Konrad Franke, Paul Eckert, Albert Knopf.

Am vergangenem Montag wurde das etwa fünfjährige Söhnchen des Arbeiters Gnuth in Freymark von einem tollen Hunde gebissen. Das Kind wurde nach Berlin in das betreffende Institut geschickt und der gefährliche Hund bald eingekerkert und getötet.

Die königliche Regierung zu Bromberg hat die Wahl des Bürgermeisters Bielecki hier selbst auf weitere 12 Jahre bestätigt, was die hiesige Bürgerschaft mit Genehmigung begrüßt hat.

Ke. Krottschin, 28. Juni. Blödsüchtiger (L o d.) Heute abend machte Leutnant von Bülow vom hiesigen Regiment eine Radtour nach dem Ausflugsort Konarzewo.

Wollstein, 26. Juni. (Tod auf den Schienen.) Von einem von Bentischen hier ankommenden Zuge wurde zwischen Choszenin und Wollstein eine unbefannte Landfrau überfahren.

Gerichtssaal.

Detmold, 28. Juni. Die Diesseitige Depesche kommt nun doch vor dem Schöffengericht in Lage zur Verhandlung. Das fürstliche Landgericht Detmold hat heute, wie sich die "Post. Ztg." von hier melden läßt, im Diesseitigen Prozeß die Ablehnung des Gerichts Lage wegen Befangenheit durch die "Ripp. Landesztg." als unbegründet zurückgewiesen.

Bunte Chronik.

Gelsenkirchen, 28. Juni. Wie die Verwaltung der Zeche Holland mitteilt, sind infolge einer Explosion schlagernder Wetter 6 Mann verunglückt. Bisher wurde ein Schwererleukter und ein Toter geborgen.

Letzte Drahtnachrichten.

Madrid, 29. Juni. Der deutsch-spanische Handelsvertrag vom 12. Februar 1899 ist gestern von dem deutschen Votschafier für den 1. Juli 1906 gekündigt worden.

Budapest, 29. Juni. (Woff. Ztg.) Der "Pester Lloyd" meldet aus Wien: Das Oberhofmarschallamt hob das Kuratel der Prinzessin Luise von Koburg auf Grund des Gutachtens der Pariser Sachverständigen auf.

Kirchliche Nachrichten.

Gottesdienst in der Synagoge. Freitag, 30. Juni. Sabbatgottesdienst abends 8 Uhr - 9 Minuten. - Sonnabend, 1. Juli. Frühgottesdienst 7 Uhr, Hauptgottesdienst, K e u m o n d e i e Z h a m u s (Neumondstage Montag und Dienstag), Predigt 9 Uhr 30 Min.

Handelssnachrichten.

Bromberg, 29. Juni. Amtl. Handelskammerbericht. Weizen 160-167 M., abfallende und blauspitzige Qualität unter Notiz. - Roggen, gut gesund, mindestens 125 M. hoch, wiewohl 138 M., leichtere Qualitäten 130 bis 137 M. - Gerste nach Qualität 126-134 M., Brauware ohne Handel. - Erbsen Futterware 133-140 M., Rohware 150-160 M. - Hafer 122-137 M.

Witterungsbericht zu Bromberg.

Beobachtungsstation: Thornekrake. Tageskalender für Freitag, den 30. Juni. Sonnenaufgang 3 Uhr 42 Minuten. Sonnenuntergang 8 Uhr 24 Minuten. Tageslänge 16 Stunden 42 Minuten.

Table with 7 columns: Zeit der Beobachtung, Lufttemp. u. d. Beob. in Grad Celsius, Lufttemp. u. d. Beob. in Grad Fahrenheit, Lufttemp. u. d. Beob. in Grad Reaumur, Lufttemp. u. d. Beob. in Grad Centigrade, Lufttemp. u. d. Beob. in Grad Fahrenheit, Lufttemp. u. d. Beob. in Grad Centigrade.

Wasserstände.

Table with 5 columns: Pegel, Wasserstand am Tag, Wasserstand am Morgen, Wasserstand am Abend, Wasserstand am Nacht.

Der Tiefgang für die kanalisierte Brähe 1,20 Meter. Der Tiefgang für den Bromberger- und Obernekanal 1,20 Meter.

Solzfischeret.

Table with 5 columns: Vom, Jahr, Spektre, Folgeigentümer, Anzahl der Fische.

Neudamm, 28. Juni. Es sind heute von hier abgegangen: Tour Nr. 31, Schleppschiffahrt mit 6 Flotten. Tour Nr. 85, 86, Wegener mit 46 Flotten.

Schifffahrtspassiere Stromab: Von M. Lewin per Stranaflo, 5 Trakten: 4803 Kieferne Rundhölzer. Von Stank per Stranaflo, 7 Trakten: 4951 Kieferne Rundhölzer.

Schiffsverkehr vom 28./6. bis 29./6. mittags 12 Uhr.

Table with 4 columns: Name des Schiffes, Warenausladung, Von nach, Anmerkung.

Berlin, 28. Juni. Städtischer Schlachtviehmarkt.

Es standen 3. Verkauf: Rinder 283, Räder 2517, Schafe 2358, Schweine 11388. Bez. wurd. für 100 Pfd. ob. 50 kg Schlachtgew. i. M. (f. 1 Pfd. t. P.) M.

Bekanntmachung.

Da in letzter Zeit auf dem alten evang. Friedhof zahlreiche Blumenbischäfte vorgekommen sind, so sehen wir uns genötigt, die in der Normauer deselben am Hempelstein Felde befindliche Fähr bis auf weiteres gänzlich zu schließen.

Stellen-Angebote.

Jüngere Schmiede, Stellmacher, Bauklemmer und Ziegeleiarbeiter erhalten Beschäftigung durch den Arbeitsnachweis, Große Bergstraße 12.

Wohnungs-Anzeigen.

Ein Laden, in welchem seit mehreren Jahren ein Mater. Gesch. betriebe, ist zu verm. Näh. Schönb., Anhalterstr. 22.

Sedanstraße 2, 1. Etage.

ist die hochherrliche Wohnung, bestehend aus 6 Zimmern, Koggin, Badestimmer, nebst vielem Zubehör, z. 1. 10, zu verm. Besicht. v. 10-6 Uhr. Näh. Bahnhofsstr. 31, i. Kontor.

1 Wohnung Danzigerstraße 13.

11. Et., 5 Zim., Kabinett, vollständig renoviert, mit Zubehör und Gasleitung, ist von sofort zu vermieten. Zu erf. Danzigerstr. 13, I.

1 Wohnung v. 4-5 Zimm., Küche, Balkon und Zubehör.

2. Stock Wallstr. 19 zu verm. 2 gut möbl. Zimmer, ev. m. Nebenzgl., ungen. m. separ. Eing., gut. Bedien., z. 1.8. ob. 1.9. gel. Off. m. gen. Ang. d. Preis, sowie Lage d. Zim. u. N. F. 65 ab. Gicht. d. 3. erb.

Elegant möblierte Zimmer.

mit auch ohne Pension sub v. 102. a. 1. pd. zu hab. Bahnhofsstr. 62. Mittelstraße Nr. 54 2 möbl. Zimmer von 1. 7. 05 zu verm. Zu erf. Mittelstr. 55, prt. r.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 29. Juni.

f. Die Ostdeutsche Binnen-Schiffahrts-Berufsgenossenschaft hier selbst, welche ihrer Wanderbetriebe wegen die zweimächtige Einrichtung getroffen hat, alljährig ihre Versammlungen in größeren Verkehrspunkten abzuhalten, um so auch entfernt wohnenden Mitgliedern die Teilnahme wechselweise zu ermöglichen, hielt am vergangenen Dienstag ihre diesjährige Versammlung im Elyrium hier selbst ab. Die Delegierten, welche vollzählig erschienen waren, traten vormittags 10 Uhr unter dem Vorsitz des Direktors Bunte in die Beratung der Tagesordnung ein. Zu gleicher Zeit hatten die zahlreich mit den Delegierten von außerhalb erschienenen Damen unter Führung hiesiger Damen in bereit gehaltenen Wagen eine Rundfahrt durch die Stadt unternommen und dann Rinkau besucht, wo ein kleiner Imbiss und Erfrischungen dargeboten wurden. Nach Rückkehr von hier fand gemeinschaftliches Essen im Elyrium statt. Der Inhaber desselben, Herr Ed. Schulz, hatte es sich angelegen sein lassen, an Speisen und Getränken nur Gutes zu liefern, so daß ihm allgemeine Anerkennung zuteil wurde. Nach aufgehobener Tafel folgte man der lebenswürdigen Einladung des Direktors Bunte und fuhr mit dem reich geschmückten und verproviantierten Dampfer „Conrad“ bis zur Gondoner Brücke, von wo aus man kurz nach 9 Uhr wieder hier anlangte. Seinen Abschluß fand dieser Tag, welcher allen Teilnehmern in angenehmer Erinnerung bleiben wird, in der Weinprobe des Sotels zum Adler, und auch hier hatten alle die Empfindung, gut aufgehoben zu sein. — Dem Verwaltungsbericht der Ostdeutschen Binnen-Schiffahrts-Berufsgenossenschaft für das Jahr 1904 entnehmen wir folgendes: Im Jahre 1904 sind für 142 Unfälle erstmalige Entschädigungen festgesetzt worden, gegen 139 im Jahre 1903. Durch die Unfälle des Jahres 1904 sind 23 Personen getötet worden, bei einer Person trat dauernde Blindheit, bei 106 Personen dauernde teilweise Erwerbsunfähigkeit ein, während 12 Personen nur vorübergehend in ihrer Erwerbsfähigkeit gemindert wurden. An Entschädigungen sind 229 783,37 Mark gezahlt worden, gegen 211 659,61 Mark im Jahre 1903. Die Verwaltungskosten haben im Berichtsjahre zusammen 31 25 Mark betragen. Die Zahl der Betriebsunternehmer hat im Kalender- und Geschäftsjahre 1904 8142 betragen. Bei den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung sind 128 Verurteilungen bearbeitet worden. Von den im Jahre 1904 erledigten 113 Verurteilungen sind 89 zurückgewiesen, 24 anerkannt. In 38 Fällen ist gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts Rekurs an das Reichsversicherungsamt erhoben, und zwar in sechs Fällen seitens der Genossenschaft und in 32 Fällen seitens der Verletzten. Hier von hat das Reichsversicherungsamt in 19 Fällen zu Gunsten der Genossenschaft, in 8 Fällen zu Gunsten der Verletzten entschieden. In 11 Fällen stand die Entscheidung zum Schluß des Berichtsjahres noch aus. Insgesamt wurden von der Ostdeutschen Binnen-Schiffahrtsberufsgenossenschaft seit ihrem Bestehen an Renten 2 100 000 Mark gezahlt. Die zurzeit laufenden Renten in Höhe von rund 230 000 Mark werden gezahlt an etwa 900 Verletzte, 300 Witwen, 400 Kinder und 45 Invaliden, insgesamt also an rund 1700 Personen.

* Erledigte Stellen für Militärärzte. Bezirk des 2. Armee-Korps: Provinzialirrenanstalt bei Udemünde — Gesunde an Landeshauptmann für Pommern, Oberpfleger, 6 Monate Probe, 300 Mark Ration, Gehalt 900—1800 Mark und Dienstwohnung usw. — Oberpostdirektion Bromberg, Landbriefträger, 6 Monate Probe, Gehalt 800—1000 Mark und Wohnungsgeldzuschuß. — Oberpostdirektion Cöslin, 3 Landbriefträger, 6 Monate Probe, Gehalt 800—1000 Mark und Wohnungsgeldzuschuß. — Oberpostdirektion Stettin, Postschaffner, 6 Monate Probe, Gehalt 1000 Mark und Wohnungsgeldzuschuß. — Hauptfeueramt I Stettin, Amtsdienner, Gehalt 900—1200 Mark und Wohnungsgeldzuschuß.

* Mit Straßporto belegte Postkarten werden seit einiger Zeit in großen Mengen bestellt. Bekanntlich ist es seit dem 1. April gestattet, bei Benutzung von Ansichtspostkarten auf der linken Hälfte der Adressenseite schriftliche Vermerke zu machen, um die Ansichten auf der Rückseite nicht zu beeinträchtigen. Vielfach wird nun geglaubt, daß man dies auch bei gewöhnlichen Postkarten tun dürfe. Das ist aber eine falsche Ansicht; derartig behandelte Postkarten werden mit Straßporto belegt, da sie auf der Vorderseite außer der Adresse nur den Namen nebst Wohnung des Absenders enthalten dürfen.

§ Raub, 28. Juni. (Verhaftungen. Ortskrankenkasse.) Auf Requisition der Staatsanwaltschaft zu Bromberg wurde der Kulturtechniker G. aus Wroclaw wegen Unterschlagung usw. heute verhaftet und an das königliche Amtsgericht hier abgeliefert. — Der Schuhmacher und Händler Karl Beudlin von hier wurde als verdächtig, ein Verbrechen gegen die Sittlichkeit begangen zu haben, auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft zu Schneidemühl hier verhaftet und ebenfalls unserm Amtsgericht überstellt. — In der gestrigen Generalversammlung der hiesigen Ortskrankenkasse wurde u. a. die völlige Vorstandsergänzungsvorhaben vorgenommen. Es wurden seitens der Arbeitgeber anstelle des verstorbenen Schneidemeisters Buchwald Volkereibeiter Bernhard Schwarz und seitens der Arbeitnehmer die Herren Paul Bastrow und Konstantin Venz wieder- und die Herren Adolf Breitsfeld und Otto Fregien neu-

z. Labischin, 28. Juni. (Stadtverordnetenversammlung.) Gestern fand eine Stadtverordnetenversammlung statt, in welcher über den Bau des Badehauses beraten wurde. Die Stadtverordneten beschloßen, den Bau etwas kleiner, als anfangs geplant, ausführen zu lassen und nur eine Bausumme von 2000 Mark auszugeben. Der Bau soll an die drei Mindestfordernden vergeben werden. Einem hiesigen Industriellen wurde die Entnahme von Leitungswasser zur Selterfabrikation gegen eine jährliche Entschädigung von 20 Mark gestattet. Dem Männergesangsverein wurde eine Beihilfe von 50 Mark zu den Kosten des Kaufmännischen am 13. August cr. bewilligt.

— Hohenalza, 28. Juni. (Stadtverordnetenversammlung.) Zum Bau des neuen Wasserwerks, das auf der Feldmark des Ritterguts Trzask, 5 Kilometer von der Stadt, errichtet worden ist, erwirbt die Stadt ein Areal von 25 Morgen. Nachdem nun das Wasserwerk eröffnet worden ist, beantragt der Magistrat die Bewilligung von 1700 Mark als erste Rate zur Bezahlung des 17 Morgen großen, nicht bebauten Wasserwerksgrundstücks, mit Obstbäumen. Die Gesamtkosten sind auf 7000 Mark veranschlagt. 8 Morgen sind teils mit Gebäuden besetzt, teils als Höfe zur Benutzung. Die Versammlung stimmte heute dem Antrage zu. Vor einiger Zeit wurde der Bau eines dritten Volksschulgebäudes beschlossen. Als Bauplatz war ein Platz in der Nähe der neuen katholischen Kirche in Aussicht genommen. Nach den gepflogenen Verhandlungen, denen die Versammlung beistimmte, tritt die katholische Kirchengemeinde beim Adalbert-Denkmal einen Platz in Größe von 4200 Quadratmeter unentgeltlich an die Stadt ab, wofür letztere sich verpflichtete, eine Straße in der Nähe der katholischen Kirche zu pflastern und mit Wasser- und Gasleitung zu versehen. — Eine Terrain-Gesellschaft, welche sich vor einigen Jahren gebildet hatte, hat sich dem Magistrat gegenüber verpflichtet, in dem Gelände zwischen Solbadstraße und Kaiserhof-Chaussee bis 1. Januar 1906 mehrere neue Straßen anzulegen. Auf Antrag der Gesellschaft ist die Stadtverwaltung damit einverstanden, daß bis zu dem erwähnten Termin nur zwei fertig gestellt werden, während der Ausbau der anderen bis zum Jahre 1908 verschoben werden kann. Die neue Straße am Wilhelmisplatz, auf dem das Denkmal Kaiser Wilhelms I. steht, wird statt wie beabsichtigt ein Trottoir, eine Kiespromenade erhalten.

Si Zinn, 28. Juni. (Verurteilung.) Gerichtsassessor Dr. Bilz ist zum Amtsrichter ernannt und zum 1. Juli an das Amtsgericht zu Rontopp in Schlesien versetzt worden. Morgen findet zu Ehren des Scheidenden ein Abschiedsfest statt.

x Janowitz, 23. Juni. (Der Saatenstand) in hiesiger Gegend kann als ein guter bezeichnet werden. Besonders gut bestanden die Felder weisen die hiesigen Anpflanzungen auf. Die rationelle Zucht des Bodens, die sachkundige Anwendung des künstlichen Düngers, dazu die in diesem Jahre herrschende feuchtwarme Bitterung haben einen großartigen Wachs hervorgebracht, jedoch die Anpflanzungsfelder für weite Umgebungen als Muster dienen können. Entsprechend den Ähren liefern auch die Weizen, mit deren erstem Schnitt bereits begonnen wurde, befriedigende Erträge an Gras.

P Wongrowitz, 28. Juni. (Beim Baden ertrunken.) Der 12jährige Sohn des Schuhmachermeisters Prohaska ist am 26. d. Mts. beim Baden im nahen Durowoer See ertrunken. Aus Anlaß dieses Unglücksfalls wird wieder mehrfach gefragt, warum nicht auch für die Volksschulen eine gesicherte Badegelegenheit mit kundiger Aufsicht geschaffen wird, da andererseits das Gymnasium und das Seminar für ihre Schüler die nötige Vororge getroffen haben und für zahlungsfähige Bewohner außerdem zwei Badeanstalten vorhanden sind.

ph Schwarzenau, 28. Juni. (Fahnenweihe. Gewernte.) Die dem hiesigen Kriegerverein vom Kaiser verliehene Fahne ist angekommen. Der Tag der Einweihung ist auf den 3. September d. J. festgesetzt worden. — Die Gewernte, die durch den gewaltigen Regen der letzten Tage etwas aufgefalten wurde, ist hier nahezu beendet. Sie hat reichliche Erträge geliefert.

Posen, 28. Juni. (Zum Tode des Medizinalrat Dr. Toporski) aus Posen, der sich, wie wir seinerzeit meldeten, vor einigen Tagen in Berlin auf dem Bahnhof Friedrichstraße erschossen hat, wird dem „Pos. Tagebl.“ von einem Freunde des Dahingegangenen geschrieben: Dr. Toporski ist aus Furcht vor dem Wahnsinn aus dem Leben geschieden. Sein geheimes und doch nicht verborgen gebliebenes Gebet der letzten Woche war: Mein Gott, laß mich nicht wahnsinnig werden. Vor etwa zehn Jahren war Dr. Toporski schwer lungenkrank dem Tode nahe. Wie durch ein Wunder gerettet, hat er dann mit übermenschlicher Energie, heldenhaft bis zu seinen letzten Tagen seines Amtes gewaltet. Nun aber mußte er als Arzt, daß er physisch und geistig am Ende seiner Widerstandsfähigkeit angekommen war — und er ging.

Posen, 28. Juni. (Selbstmord oder Verbrechen?) Entsprungenen Verbrecher.) Gestern vormittag fand die Sektion der, wie gemeldet, am vergangenen Sonntag aus der Warthe gelandeten Frauenleiche statt. Die Personalien der Toten, die nach der Kleidung und Wäsche zu urteilen, den besseren Gesellschafts-kreisen anzugehören scheint, konnten nicht festgestellt werden. Auf dem Kopfe wurden zwei nicht besonders erhebliche Verletzungen festgestellt, die der Toten zweifellos bei Lebzeiten kurz vor dem Tode zugefügt worden sind. — In der Nacht vom 25. zum 26. d. Mts. sind aus der Irrenanstalt in Omisch nachstehende Verbrecher entsprungen: Schlosser Richard Baumgardt, 42 Jahre alt, Arbeiter Anton Swidowski, 29 Jahre alt. Ersterer

ist ein zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigter Mörder, letzterer ein zu mehrjähriger Zuchthausstrafe verurteilter Brandstifter. Beide trugen graue Zuckertanzüge und Anstaltsstiefel. („Pos. Ztg.“)

— a Thorn, 27. Juni. (Ein heiteres Bureaukratenstücklein) ist einer hiesigen Firma passiert. Vor einigen Tagen landte die Firma einen Brief an den Gemeindevorstand in Rubinkowo, das seit einigen Wochen den deutschen Namen Bachau führt. Der Gemeindevorstand verweigerte die Annahme des Briefes und begründete sie mit folgenden Worten: „Rubinkowo ist in Bachau, Kreis Thorn, umgeändert, weswegen die Annahme verweigert.“ (!)

Marienburg, 27. Juni. (Ermittelt.) Ein Mann, der hier kürzlich im „Hotel zur Stadt Elbing“ Selbstmord durch Erhängen verübte und in dem man anfangs einen Kaufmann Bardon aus Culm erkannt haben wollte, ist nunmehr, nach der „Elb. Ztg.“, mit Bestimmtheit als der seit dem 18. April d. J. aus Posen nach Unterschlagung von 800 Mark flüchtige Kanzleibote Borkowski vom Polizeipräsidenten ermittelt worden. Dem ungetreuen Beamten war auf seiner Reise nach der Heimat in Westpreußen das Geld ausgegangen.

Handwerkskammer.

f Bromberg, 29. Juni.

Gestern fand die achte Vollversammlung der Handwerkskammer für den Regierungsbezirk Bromberg statt. Sie war von 23 Mitgliedern der Kammer und einem Ersatzmann besucht; außerdem war der Staatskommissar der Handwerkskammer, Regierungsrat Dr. Pokrank und als Vertreter des hiesigen Magistrats Stadtrat Dürring anwesend.

Der Vorsitzende Zimmermeister H. Berndt begrüßte die Anwesenden, dankte den Vertretern der Regierung und der Stadt für ihr Erscheinen und schloß seine Ansprache mit dem Kaiserhoch. Hierauf sprach Regierungsrat Dr. Pokrank in kurzer Erinnerung im Auftrage des Regierungspräsidenten den Wunsch aus, daß die Verhandlungen vom besten Erfolge begleitet sein möchten. Diesem Wunsche schloß sich auch Stadtrat Dürring an.

Darauf wurde in die Tagesordnung eingetreten und zunächst das Protokoll der letzten Vollversammlung vom Handwerkskammersekretär Budjahn verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Darauf berichtete der Vorsitzende über den Verlauf des am 15. und 16. Juni zu Frankfurt a. O. stattgehabten Vierten Ostdeutschen Handwerkskammertags, der sich aus den Handwerkskammern Königsberg i. Pr., Insterburg, Danzig, Bromberg, Posen, Stettin, Stralsund und Frankfurt a. O. zusammensetzte. Aus dem Bericht war insbesondere zu entnehmen, daß durch die Handwerkskammer Bromberg drei Anträge: 1. auf einheitliche Festsetzung der Mindestlohnzeit im Handwerk, 2. auf Abänderung einer Ausführungsbestimmung zur Gewerbeordnung bezüglich der Erhöhung der Einjahresgebühr für Richtungslehrlinge und 3. auf einheitliche Festsetzung der Höchstzahl der Lehrlinge in Handwerksbetrieben eingebracht worden waren. Die Handwerkskammer in Bromberg ist daraufhin beauftragt worden, eine Abänderung des Artikels 119 der Ausführungsanweisung zur Gewerbeordnung in die Wege zu leiten.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: „Beschlüßfassung über die Deckung des Defizits der vorjährigen Handwerksausstellung“ referierte Fleischermeister Hoffmann von hier. Danach hat die Schlussrechnung eine Gesamtausgabe von 81 266,44 Mark ergeben, der eine Einnahme von 56 624,50 Mark gegenübersteht, so daß nach Eingang weiterer Nutzenfunde noch rund 18 000 Mark zu decken bleiben. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, das Defizit durch einmalige Umlage der Handwerkskammerbeiträge für das Etatsjahr 1905/06 aufzubringen. Diese Beiträge würden danach im höchsten Falle 58 Prozent der Gewerbesteuer betragen.

Beim nächsten Punkt der Tagesordnung „Stellungnahme zur Einführung des Befähigungsnachweises im Handwerk“ referierten Obermeister Friebe und Handwerkskammersekretär Budjahn. Der diesjährige Handwerks- und Gewerbe-Kammertag in Köln wird sich mit dieser Frage eingehend beschäftigen. Von verschiedenen Handwerkskammern sind Gesetzentwürfe vorgelegt worden, die einerseits bezwecken, daß nur derjenige ein Handwerk betreiben soll, der die Meisterprüfung bestanden habe, während andererseits nur gewünscht wird, daß die zur Führung des Meistertitels Berechtigten allein befugt sein sollen. Lehrlinge zu halten und auszubilden. Die Versammlung stimmte den Vorschlägen des Kammersekretärs Budjahn bei, sich für die Annahme des letzterwähnten Entwurfs zu erklären und jener zu verlangen, daß die Bezeichnung „Gefelle“ in der Gewerbeordnung genau festgelegt und auch Bestimmungen getroffen werden, die erkennen lassen sollen, wer als Lehrling anzusehen sei. An den Meistertitel sollen sich auch wirtschaftliche Rechte knüpfen. Z. B. sollen nur diejenigen Handwerker bei Verbindungen bevorzugt werden, die den Meistertitel führen dürfen, ebenso wie auch letztere nur als gerichtliche Sachverständige und als Mitglieder von Kuratorien von Fortbildungs- und Fachschulen gewählt werden sollen.

Zum Schluß wurde an Stelle des Schuhmachermeisters August Pohlmann Fleischermeister Hoffmann von hier in den Vorstand der Handwerkskammer gewählt und demnächst die Sitzung um 2½ Uhr vom Vorsitzenden geschlossen.

Bunte Chronik.

— Ein Theaterstück von Ministerfrauen. Eine sensationelle Premiere, die in Londoner St. James' Theatre bevorsteht, bildet seit Wochen das Gespräch in den Londoner Salons. Bei einer Matinee zu Wohltätigkeitszwecken, bei der Sarah Bernhardt, die Duse, die Réjane, Jeanne Granier, Caruso, Maurel und andere Größen mitwirkten, wird auch ein Lustspiel von Edith Valfour, Elisabeth Strode und J. Coudurier zum ersten Male aufgeführt werden. Unter dem Namen Edith Valfour verbirgt sich Mrs. Alfred Lyttelton, die Frau des Kolonialministers, unter dem Namen Elisabeth Strode aber Lady Betty Valfour. Das Pseudonym mußte auf die Bitte des Premiers, Mr. Valfour, gewählt werden, der für Ministerfrauen nicht passend fand, daß ihr Name auf dem Theaterzettel prangt. Aber ganz London kennt natürlich das Geheimnis und erwartet gespannt die Aufführung. Das Stück ist eine heisere Satire auf die Manieren der besten englischen Gesellschaft auf hygienischem Gebiet; man sagt sogar, es sei ein sogenanntes „Schlüsselstück“.

— Die Bahn auf den Mont Blanc. Mit dem Bau der neuen Bergbahn, die die schneeigen Höhen des Mont Blanc dem Touristen zugänglich machen will, wird in den nächsten Tagen begonnen werden. Die Bahn beginnt bei dem Dörfchen Le Fayet am westlichen Ende des Chamoniatales und steigt in weitem Bogen zu der Nordwestseite des Berges hinauf. Sie wird nicht auf dem Gipfel des Mont Blanc selbst enden, sondern auf dem Plateau der Viguille du Gouter, 3900 Meter. Von dort kann der Aufstieg zum Gipfel des Mont Blanc, 4810 Meter, bequem in etwa vier Stunden gemacht werden. Die Bahn wird wie die elektrische Bahn auf die Jungfrau gebaut und etwa 18 Kilometer lang sein, die Bauzeit wird auf fünf Jahre veranschlagt. Die Fahrt von Le Fayet nach der Station „Gipfel“ wird vier Stunden dauern. Eine Rückfahrkarte soll 80 Mark kosten. Die Züge sollen gut geheizt und beleuchtet werden und alle Bequemlichkeiten bieten. Jeder Zug besteht aus einer Lokomotive und zwei Salon-Passagierwagen, die Raum für 80 Personen bieten, und die vielen Fenster werden es allen Reisenden möglich machen, die Alpenlandschaften, durch die der Zug fährt, zu sehen. Ein System von drei selbständigen Bremsen wird ein Eisenbahnunglück völlig unmöglich machen. Wer die Fahrt wegen der großen Höhe nicht in einem Zuge machen will, kann auf verschiedenen Zwischenstationen auf der Bergseite bleiben, die Erfrischungsräume, Warteräume und Beobachtungsgalerie enthalten werden. Für Krankheitsfälle und andere unvorhergesehene Ereignisse stehen alle Stationen in direkter telephonischer Verbindung mit den in Le Fayet wohnenden Ärzten.

— Eine hübsche Kaiser-Anekdote wird in der „Neuen Zeit“ erzählt oder vielmehr aufgeführt. Als der Monarch ein Garderegiment inspizierte, unterhielt er sich, wie es seine Gewohnheit ist, in unbekannter Leutlichkeit mit Mannschaften, die im ersten Gliede standen. Er stieß hierbei auf einen biederen Ufermärker, der den Namen „Andree“ führte. Freundlich fragte ihn der Kaiser, ob er denn wisse, mit wem er seinen Namen gemeinsam trage, worauf der Soldat prompt antwortete: „Kamoll, Majestät, mit dem Nordpolfahrer!“ Verwundert fragte der Kaiser, woher er dies wisse? „Das hat der Herr Hauptmann gesagt!“ kam es schlagfertig zurück. „Was hat Ihnen denn,“ fragte der Monarch, „Ihr Hauptmann alles von Andree erzählt?“ „D viel nicht, Ew. Majestät, er sagte bloß, wenn er Dir doch mitgenommen hätte!“ Der Kaiser, der sich das Lachen nicht länger verbeißen konnte, schenkte dem biederen, wenn auch reichlich mit jener Fakultas, gegen die selbst Götter vergebens kämpfen, ausgefärbten Grenadier ein Zünjmarckstück und konnte nur noch sagen: „Na, ganz so schlimm wird's wohl nicht sein.“

— Der Roman einer Bierzehnjährigen. Eine Bürgerkinderin in Wien, Friederike R., die erst 14 Jahre zählt, ist die Heldin eines Liebesabenteuers geworden, das zurzeit die Wiener Polizei beschäftigt und allem Anschein nach ein tragisches Ende genommen hat. Das hübsche und für seine Jahre ungewöhnlich entwickelte Mädchen ist aus der Wohnung seiner Eltern verschwunden. Gleichzeitig wird der 20jährige Techniker Ferdinand Hannemann vermißt. Dieser wohnte in demselben Hause und sah zu Friederike R. eine tiefe Neigung, die erwidert wurde. Sowohl die Eltern des jungen Mannes wie die Familie R. waren entschieden gegen diesen Verkehr und trafen Maßregeln, um das junge Paar zu trennen. Dies scheint Ferdinand Hannemann veranlaßt zu haben, seine jugendliche Liebe zu flucht und zum gemeinsamen Tode zu überreden. Es ist festgesetzt, daß der Techniker einen Revolver mitnahm, den er sich vor wenigen Tagen verschafft hat. Das Liebespaar hat keinen Abschiedsbrief zurückgelassen. Die bisherigen Recherchen der Polizei sind ohne Resultat geblieben.

Apollinaris

KOHLensaures MINERALWASSER
erhielt auf der Welt-Ausstellung in
ST. LOUIS 1904
die höchste Auszeichnung, den
„Grand Prix“.

Preussischer Landtag.

Sonnenhaus.

45. Sitzung vom 28. Juni. 11. Uhr.

Am Ministerpräsident: Moeller, Dr. Schönstedt, von Bethmann-Hollweg.

Auf der Tagesordnung steht an erster Stelle die Bergarbeiter-Jahresabrechnung.

Die Kommission des Herrenhauses hat befaßt sich mit dem Entwurf der Vorlage, die unter der Annahme der Novelle in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung zu empfehlen.

Es findet zunächst eine Generaldebatte statt. Herr von Burgsdorff berichtet über die Kommissionsverhandlungen. Die Kommission habe sich dahin geäußert, daß die Regierung besser daran ginge, die Vorlage nicht einzubringen. Nachdem dies aber einmal geschehen, wäre es schon das Beste, sie anzunehmen.

Graf Tiele-Winckler erklärt, die Vorlage sei eine Stärkung der Sozialdemokratie, deshalb lehne er sie ab.

Fürst Hatzfeldt erkennt an, daß die Vorlage gewissermaßen einen Lohn für den Streik bilde und die Regierung durch ihr unzeitgemäßes Vorgehen diesen Schaden herbeigeführt habe, bittet jedoch, die Vorlage anzunehmen, um die Autorität der Staatsregierung zu stärken.

Herr v. Bodelschwingh meint, die Besenbesitzer ständen mit einer tadellosen weißen Weste da, gleichwohl stimme er dem Gesetz zu, um dem Reichskanzler in einem Augenblick, wo das ganze Land seine äußere Politik billige, in der inneren Politik keine Schwierigkeiten zu bereiten.

Handelsminister Möller: Gegenüber dem schweren Vorwurf des Vorredners, daß die Regierung zu ihrem Vorgehen nicht berechtigt gewesen sei, habe ich zunächst zu bemerken, daß ich schon wiederholt hier wie im Abgeordnetenhaus erklärt habe, aus allgemein politischen Gründen hätte diese Vorlage eingebracht werden müssen und müßte sie auch angenommen werden. Dann hat mir aber der Vorredner noch den Vorwurf gemacht, wir hätten nicht zur rechten Zeit die öffentliche Meinung in ihrer irrigen Auffassung, in die sie über die Lage der Bergarbeiter verriet worden sei, aufgeklärt. Ja, meine ganze Aktion hat gerade damit begonnen, daß ich bei Beginn des Streiks den Oberbergamtspräsidenten in das Streikgebiet entsandt habe, um dem bergbauwürdigen Verein den Vorschlag zu machen, in kontradiktorische Verhandlungen mit den Bergarbeitern einzutreten, die angeblichen Unbilligkeiten zu beraten und, wie ich überzeugt war, zu entkräften. In dieser Aktion hat mich der bergbauwürdige Verein im Stich gelassen. Er hat erklärt, mit den Vertretern der wenigen Arbeiter nicht verhandeln zu können. Wären die Herren uns gefolgt, hätten sie die Verhandlungen stattfinden lassen, dann wären die irrigen Behauptungen, durch die die öffentliche Meinung erregt war, schon kurzer Hand vor Beginn des Streiks zerfallen worden. Ich verstehe den Standpunkt der Bergwerksbesitzer, daß sie mit den Vertretern der Gewerkschaften nicht verhandeln wollten, weil sie sie nicht als eine Gesamtvertretung der Arbeiter betrachten, aber uns blieb schließlich nichts anderes übrig, mangels einer besseren Vertretung, als uns an die Vertreter der Gewerkschaften zu wenden, und gerade das beweist ja am besten, wie notwendig es ist, für eine Gesamtvertretung der Arbeiter zu sorgen. Es blieb uns daher nichts anderes übrig in unserem gesetzgebenden Vorgehen, als zurückzugreifen auf das, was in einer Reichstagskommission bereits 1890 als berechtigt in Aussicht gestellt war, nämlich die obligatorischen Arbeiterausschüsse und das ist der Kernpunkt der ganzen Vorlage.

Daß die Zustände auf den Besen keineswegs unerträglich sind, das gebe ich Herrn Bodelschwingh durchaus zu. Ich bin auch stets den unberechtigten Klagen entgegengetreten. Der Vorredner hat sich darüber beklagt, daß wir durch fortgesetzte Einbringung von Gesetzen die Bergbau-Unterstützung, das müßte aufhören. Ja, woher kommt denn das? Die gesamte Bewegung ist ein Ausfluß der Kapitalkonzentration, die sich in eminenten

Weise entfaltet hat. In keinem Lande der Welt ist aber die Notwendigkeit gerade dieser Kapitalkonzentration so anerkannt worden wie bei uns. Ich habe mich von jeher dagegen gewandt, daß man dieser Konzentration durch gesetzliche Einschränkungen entgegenzutreten solle. Ich habe stets auf dem Standpunkt gestanden, daß, wenn man andere Kartellgesetze, andere Kartellgesetze machen könnte, dies nur auf Kosten der freien Bewegung dieser notwendigen Institutionen geschehen könnte. Ich habe es daher für den allein gangbaren Weg gehalten, zunächst diesen Verbänden durch Akte der Regierung bei Zeiten zu zeigen, daß die Regierung Überschreitungen gewisser Grenzen im allgemeinen nicht zulassen könnte. Das ist die Entstehungsgeschichte der vier Gesetze, die der Vorredner hier beklagt hat. Die Konzentration, die der Subvention voranging, überschritt meines Erachtens diese zulässige Grenze. Der herrliche Standpunkt, den die Bergwerksbesitzer einnahmen, mußte eine Aktion des Staats hervorrufen.

Ich habe stets festgehalten, daß die Berggesetzgebung unbedingt als ein noli me tangere der Landesgesetzgebung erhalten bleiben müsse, und gerade aus dem Grunde müßte die Vorlage eingebracht werden, um einer Reihe von Initiativanträgen vorzuzukommen, die im Reichstage eingebracht wurden. Wir haben aber in dieser Vorlage nur das statuiert, was bereits im Jahre 1889 allgemein anerkannt war. Hingekommen ist einzig der janitäre Maximalarbeitsstag. Der machte sich aus den Krankenziffern, der Invaliditätsziffern notwendig.

Graf Botho zu Eulenburg spricht sich für Arbeitervertretungen aus und bittet alle bürgerlichen Parteien sich zusammenzuschließen gegen die grundstürzenden antinationalen und antisozialen Bestrebungen der Sozialdemokratie.

Professor Meinke-Kiel tritt ebenfalls für Annahme der Vorlage ein.

Graf Mirbach teilt die Ansichten des Grafen Eulenburg und vermahnt sich gegen einen ihm in der Presse gemachten Vorwurf, daß er den Fürsten Bismarck in einen Gegensatz zur sozialpolitischen Gesetzgebung habe stellen wollen. Eine solche Bösartigkeit sei ihm nie in den Sinn gekommen.

Herr v. Bodelschwingh bemerkt in tatsächlicher Beziehung, bei der Alters- und Invalidenversicherung sei ein kleiner Teil der Konserverativen unter Führung des Grafen Mirbach mit in der Opposition gewesen. Es sei damals im Reichstage das Gerücht verbreitet gewesen, daß Fürst Bismarck selber auf das Zustandekommen der Vorlage nicht den mindesten Wert legte, und daß er nur mit Rücksicht auf den in der Sache sehr tätigen Minister Bötticher seinen Widerspruch dagegen laut werden ließe. Ich ging selbst zum Fürsten Bismarck hin, erzählte ihm die Sache und Fürst Bismarck war ziemlich empört über dieses Gerücht und hat es darauf im Reichstage als falsch zurückgewiesen und ausdrücklich bemerkt, daß er mit die erste Urheberhaft an der sozialen Gesetzgebung für sich vindiziere.

Graf Mirbach hält seine Behauptungen über die Stellung Bismarcks zu der sozialpolitischen Gesetzgebung aufrecht. Die damaligen Vorgänge seien ihm noch in frischster Erinnerung. Die Rede Bismarcks im Reichstage sei weiter gegangen, als ihm im Herzen zu Worte war (Doh!), aber er mußte seine ganze Autorität einsetzen, um die Vorlage durchzubringen.

Dr. v. Voeltzke: Während der ganzen Entwicklung des Alters- und Invalidengesetzes ist mir auch nicht eine einzige Ratfahne oder Äußerung bekannt geworden, die auch nur entfernt den Schluß zuließe, als ob Bismarck die Alters- und Invalidenversicherung, die er als Abschluß seiner sozialpolitischen Gesetzgebung bezeichnete, zu verlassen die Absicht hätte.

Professor Schmoller: Herr Bodelschwingh hat sich einen so heftigen Angriff auf den Handelsminister erlaubt, wie ich ihn in diesem Hause noch nicht gehört habe und wie er auch sonst im parlamentarischen Leben nicht üblich ist. Er hat maßlos übertrieben und es so hingestellt, als ob der Handelsminister

das Staatsministerium irregeführt hätte. (Ministerpräsident Fürst Bülow betritt den Saal.) Es scheint ja, als ob Herr Bodelschwingh nicht in der Kommission anwesend war, denn hier sind die Mißstände im Bergbau durchaus klargelegt. Mit seinem Angriff hat Herr Bodelschwingh den deutschen Unternehmern keinen Dienst erwiesen.

Minister Möller bemerkt auf eine Anfrage des Freiherrn v. Durant, daß eine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses im Sinne des Gesetzes bei Streiks nur dann vorliegt, wenn der Arbeiter aus den Listen gestrichen sei.

Oberbürgermeister Schmieding-Dortmund erklärt, das Eingreifen der Regierung sei lediglich zu Gunsten der Arbeiter erfolgt, trotzdem die Streikbewegung durchaus unbegründet war. Ein Bedürfnis der Vorlage könne er im gegenwärtigen Augenblick nicht anerkennen, deshalb lehne er die Vorlage ab.

Ministerpräsident Fürst Bülow: Nur einige kurze Bemerkungen gestatten Sie mir noch: Die vorgetragenen Bedenken richten sich weniger gegen die Einzelbestimmungen der Vorlage als gegen die Grundtendenzen und die Zeit der Einbringung. Herr Schmieding und die Vertreter der gleichen Ansicht stellen es so dar, als ob die Bergherren sich einwandsfrei benommen hätten und vollständige Engel wären, die in der frivolsten Weise bedroht und angegriffen wären. Ich verstehe sehr viele Bedenken gegen die Vorlage. Hier handelt es sich aber darum, die Autorität der Staatsregierung zu wahren und dem Volke zu zeigen, daß auch das Herrenhaus große sozialpolitische Taten vollbringen kann. Deshalb bitte ich Sie um die unveränderte Annahme der Vorlage. Unbestreitbar sind Mißstände im Bergbau vorhanden, die beseitigt werden müssen. Ich habe niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß wir das Bergrecht der Landeskompetenz erhalten wollen. Unterstützen Sie uns deshalb in diesem unserem Vorhaben! Weitere Abschwächungen der Abgeordnetenvorlage würden das Scheitern bedeuten. (Unruhe.) Jetzt ist der Augenblick gekommen, wo das Haus seine Größe zeigen kann. Lassen Sie diese fruchtbare Session nicht mit einem Mißton schließen! Ich hoffe, daß das Haus den rechten Weg finden und in dieser wichtigen und ernsten Frage die Regierung nicht im Stich lassen wird. Damit wird es sich um das Vaterland wohl verdient machen. (Beifall.)

Nach kurzen Bemerkungen des Herrn v. Landsberg und Oberbürgermeisters Becker-Köln, der glaubt, daß nur die Sozialdemokratie bei dem Scheitern der Vorlage gewinnen, schließt die Hauptbesprechung.

Das Haus nimmt sodann unter Ablehnung der dazu gestellten Anträge mit überwiegender Mehrheit gegen die Stimmen einiger Konserverativen die Vorlage betreffend die Arbeiterverhältnisse an.

Sodann wird die Resolution v. Burgsdorff betr. Befragung der rechtskräftigen Auflösung des Arbeitsvertrages und Schutz der Arbeitswilligen nach kurzer Debatte angenommen.

Die Vorlage über den Betriebszwang wird vom Minister Möller namens des Staatsministeriums zurückgezogen. Schließlich nimmt das Haus den Gesetzentwurf betr. die Wahrungssperre in der Fassung des Abgeordnetenhauses an und vertagt sich sodann bis Freitag nachmittags 3 Uhr.

Tagesordnung: Petitionen, vom Abgeordnetenhaus etwa zu erwartende Vorlagen. Schluß 5 1/2 Uhr.

Bunte Chronik.

Der Kaiser und der Berliner. Als der Kaiser bei seinem letzten Aufenthalt in Portugal in Lissabon an Land ging, hatte an der Landungsbrücke die gesamte deutsche Kolonie Aufstellung genommen. Der Kaiser, der sich in der denkbar besten Laune befand, unterließ sich mit fast jedem Mitgliede der Kolonie. Da tönten plötzlich aus dem Hintergrunde, während der Monarch sich gerade mit einem deutschen Professor der Geo-

graphischen Gesellschaft im Gespräch befand, in unverständlichem Spreewasser-Deutsch die Worte: „Zu mir kommt er wohl nicht!“ Diese Äußerung entkam dem Munde eines jungen Berliner, der zurzeit in einem Lissaboner Exportgeschäft als Buchhalter tätig und als Reichsdeutscher Mitglied der deutschen Kolonie ist. Der Kaiser ging, wie die „N. Z.“ schreibt, als die Worte gefallen waren, sofort auf den jungen Mann, der weiß wurde wie seine zur Feier des Tages angelegte Krawatte, los und sagte zu ihm: „Zu Ihnen kommt er auch, Landsmann.“ Nachdem er sich mit dem Berliner noch eine geraume Zeit unterhalten hatte, verließ er die Kolonie und meinte im Weitersprechen zu einem in seiner Begleitung befindlichen, höheren Marineoffizier: „Es ist doch komisch, daß man unsere Berliner überall auf der Welt herauskennt, deren Mund und ist eben nicht tot zu kriegen.“

Berlin, 27. Juni. Aus Eifersucht mit Karbol begossen wurde von seiner Frau der vierzigjährige Reisende Gustav Wenzel, Forsterstraße 58 wohnhaft. Der seit 13 Jahren in kinderloser Ehe lebende Mann kam am 21. d. Ms. in angetrunkenem Zustande nach Hause und legte sich nach einem Streit mit seiner überaus eifersüchtigen Frau zu Bett. In ihrer Wut hob die Frau dem Schlafenden das Deckbett hoch und begoß ihn mit einer Menge Karbol derartig, daß er über den ganzen Körper Brandwunden erlitt und nach dem Krankenhause am Urban gebracht werden mußte. Hier ist er gestern nach seinen schweren Verletzungen erlegen. Die Leiche ist von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden.

Berlin, 28. Juni. Den gemeinsamen Tod in der Spree suchten gestern Abend der Gastwirt Alfred Krümpfer und seine Ehefrau Ernestine aus Weissenhof. In der Nähe des Fürstenbrunnens Weges in Charlottenburg hatte das Ehepaar, durch schwere Krankheit und Geschäftsjahren zur Verzweiflung getrieben, einander angefaßt und in die Spree gestürzt. Die Frau konnte gerettet werden; ihr Mann jedoch wurde als Leiche gelandet.

Berlin, 28. Juni. 320 Kilogramm tote Schlei wurden Montag in der Zentralmarkthalle als verdorben befunden und der Abdeckerei überwiesen.

Die Abdankung der „Kaiserin der Sahara“. Madame de Dion, die viel genannte Freundin des verstorbenen Kaisers der Sahara, Jacques Lebaudy, hat auf den Titel einer „Kaiserin der Sahara“ endgültig Verzicht geleistet und wendet sich wieder ihrem früheren Berufe als Chanteuse zu. Es ist interessant, daß diese majestätische Resignation gegen Leistung von 25 000 Francs von Seiten des Operettenkaisers erfolgte, in dessen Gesellschaft es der schönen Französin nach den bekannten Triester Verwickelungen zu ungemütlich geworden zu sein scheint. In den letzten Tagen wird die Varietésängerin, die unter anderen Umständen berufen gewesen wäre, eine unabhängige Saharadynastie zu begründen, von Varietés-Angenen wieder eifrig angeboten. So versucht ein Impresario, sie jetzt in Wien zu placieren.

Indianapolis, 26. Juni. Die deutschen Turner haben auf dem Nordamerikanischen Bundesturnfeste in Indianapolis bedeutende Erfolge errungen. Sie erhielten beim Wetturnen acht Preise, darunter fünf erste.

Chicago, 28. Juni. Hier wurde ein Deutscher namens Georg Bartholomäus verhaftet. Er soll ein Baunternehmer aus A s s e l sein und Fälschungen in Höhe von 100 000 Mark begangen haben.



dem Geschlecht Garthausen gehört, ist jetzt mir anvertraut, daß ich sie bebaue, daß ich sie pflege, daß ich sie erhalte und sie, so Gott will, in gutem Zustande meinen Nachkommen überliefern. Das ist meine Lebensaufgabe, und ich hoffe, sie getreulich erfüllen zu können.

Er war aus dem Sattel gesprungen, hatte den Bügel um den Arm geschlungen und schritt neben ihr auf dem schmalen Wiesenpfade, der zum Park zurückführte.

Erfriede senkte den Kopf. Sie schämte sich ihres Spottes. Und ihre Stimme klang weich und teilnahmsvoll, als sie sagte:

„Verzeihen Sie mir, Herr von Gardt. Mein Spott war töricht. Sie lieben Ihre Heimat.“

„Ja, ich liebe sie!“ rief er begeistert. „Nicht um alles in der Welt würde ich sie verlassen! Ich pflege sie, ich beuge sie, es freut mich über alles, wenn sie gedeiht. Es ist nicht Gewinnsucht, was mich antreibt, in lästiger harter Arbeit zu leben — ich könnte es mir ja schon bequemer machen — aber ich habe meine Freude daran, wenn alles wächst und fortkommt und wenn ich mir sagen kann: Deine Arbeit ist nicht vergebens gewesen. Das ist meine Lebensaufassung, Fräulein Erfriede!“

„Und eine treffliche, wackere Auffassung ist es!“ entgegnete sie mit ehrlicher Überzeugung. „Schade, daß eine solche Auffassung nicht bei allen Menschen, die auf dem Lande leben, herrscht; dann stünde wohl manches besser.“

Er erricht ihre Gedanken, beobachtete er doch schon seit Jahren den allmählichen Niedergang der Wirtschaft der Frau von Schönern. Ein Zug leichter Verlegenheit machte sich auf seinem ehrlichen Gesicht geltend.

„Ja, es könnte manches anders und besser stehen bei Ihrer Frau Mama,“ sagte er leise und zögernd. „Verzeihen Sie mir, aber ich hoffe, Sie bleiben jetzt hier? Und wenn Sie mir erlauben wollen, einige Rat schläge zu geben.“

„O, ich danke Ihnen! Aber was kann ich tun? Mama läßt sich schwer raten! Und dann — ich bleibe nicht hier.“

(Fortsetzung folgt.)

(Nachdruck verboten. Alle Rechte vorbehalten.)

Mutter und Töchter.

Roman von D. Ester.

„Ach so — so 'ne Lehrerin wollen Sie werden, wie das Fräulein Kasper, welches die jungen Damen unterrichtet hat? Na aber, das denke ich mir nicht gerade schön.“

„Das kommt darauf an, lieber Marten. Dein Garten sieht aber prächtig aus. Es gibt viel Obst dieses Jahr.“

„Ja, die Natur tut schon das ihrige. Aber ich kann ihr nicht zu Hilfe kommen. Die gnädige Frau gibt mir ja keinen Gehilfen mehr, höchstens mal ein paar alte Frauen zum Unkraut zupfen — und ich allein kann die Arbeit nicht mehr bewältigen. Ich bin ja schon zweiundfiebzig Jahre alt.“

„Ein schönes Alter, Marten. Aber recht hast Du. Ich will mal mit Mama sprechen, daß sie Dir einen Gehilfen gibt.“

„Dazu haben wir kein Geld, Fräulein Erfriede.“

„Aber der Garten wirkt doch etwas ab, wenn er ordentlich behandelt wird.“

„Das wohl, aber wir lassen das Obst lieber verkaufen, als daß wir das Pflücker-Lohn bezahlen.“

Die Worte des alten Mannes taten Erfriede weh. Sie verstand zwar nicht viel von der Landwirtschaft, aber das begriff sie doch, daß hier ganz unvernünftig gewirtschaftet wurde, daß man am unrechten Ende sparte und sich dadurch manchen Gewinn entgehen ließ.

Und sparte denn die Mutter überall so, wie hier in der Wirtschaft? Unwillkürlich mußte Erfriede an die teuren Vorderseiten ihrer Mutter und Schwester denken, an die kostbaren Toiletten Malvines, an die kostspielige Karriere ihres Bruders, der vor einigen Monaten in ein Garderegiment eingetreten war — und ein unsäglich bitteres Gefühl quoll in ihrem Herzen empor.

„Ja, ich werde mit Mama sprechen,“ sagte sie nochmals, nickte dem alten Mann zu und setzte ihren Spaziergang fort.

Der Garten ging in einen waldähnlichen Park über, der indessen stark bewaldet war; aber diese Bewaldung gereichte ihm nicht zum Schaden, im Gegenteil, sie hatte seine Schönheit gehoben; die Kunst war der Natur gewichen und ungehindert durch die Schere und das Messer des Gärtners entfaltet sich hier Busch und Baum in natürlicher Fülle und Form.

Erfriede ging bis an das Ende des Parks, den ein schadhaftes altes Gitter von ammutigem Wiesenland abschloß. Eine nur Lose eingeklirrte Tür führte auf einen schmalen Fußweg, welcher durch die Wiesen lief.

Das junge Mädchen trat hinaus.

Im Sonnenglanz lagen die tafrischen Wiesen vor ihr; der kräftige, aromatische Duft des frischen Heus umwoog sie. Auf den Wiesen selbst herrschte bereits reges Leben; mehrere Gespanne waren damit beschäftigt, das Heu einzufahren. Knechte und Mägde regten in fleißiger Arbeit die kräftigen Arme, hin und wieder erscholl ein lustiges Lachen oder ein heiteres Scherzwort.

Erfriede erinnerte sich, daß diese Wiesen schon zu dem nachbargute Garthausen gehörten. Gleich darauf sah sie auch Herrn von Gardt, den Besitzer Garthausens, auf seiner starknodiigen braunen Stute herantreiben, bei den Gespannen halten und mit den Leuten sprechen.

Der junge Gutsherr trug wieder seinen einfachen Anzug aus graugrüner Leinwand, dazu Gamaschen und einen breitrandigen Strohhut. Es war nichts Auffallendes an ihm, aber er sah so sicher und frei im Sattel, seine Bewegungen waren so kräftig und geschmeidig dabei, sein Gesicht sah so heiter und glücklich aus, daß Erfriede den Blick nicht von ihm abwenden konnte.

Sie mußte sich gestehen, daß er so recht den Eindruck eines zielbewußten, kräftigen, auf sich selbst vertrauenden, freien Mannes machte, der des Lebens Mühen und Arbeit nicht scheute, sondern bestrebt war, sie durch Fleiß und Tatkraft, durch festen Willen und Humor zu beseitigen.

Er ließ seine Augen über die Wiesen schweifen und erblickte Erfriede. Er stuzte ein wenig, dann sprengte er im Galopp auf sie zu und begrüßte sie höflich.

„Gnädiges Fräulein — Sie schon zu dieser Stunde im Feld! Ich glaube, in der Großstadt stände man viel später auf?“

„Wir befinden uns ja nicht in der Großstadt, Herr von Gardt,“ entgegnete sie freundlich.

„Richtig!“ sagte er lachend. „Aber wenn man, wie Sie, zwei Jahre in Berlin gelebt hat, ist man doch Großstädter geworden.“

„Doch nicht ganz. Man erinnert sich doch immer wieder der alten Heimat.“

„Wirklich? Ja, gnädiges Fräulein, die alte Heimat verdient es aber auch. Wie schön ist es hier. Wie atmet alles Leben und Kraft! Ein jeder hat seine Arbeit, ein jeder tut seine Pflicht, und wenn das harte Klagewort vollbracht ist, zieht mit dem Abend Ruhe und Frieden in die Seele ein.“

„Glauben Sie, daß in der Großstadt nicht auch gearbeitet wird?“

„O gewiß,“ rief er lebhaft. „Vielleicht noch mehr und angestrengter als hier. Aber es geschieht doch mit einer gewissen Hast, mit einer Unruhe, mit einer Jagd nach rasch zu erlangendem Gewinn und Reichum! Das alles reißt den Menschen auf, macht ihn nervös, unzufrieden, unruhig.“

„Sie möchten wohl nicht in der Stadt leben, Herr von Gardt?“

„Ja — nein! Wahrhaftig nicht! Ich kenne das Leben dort zur Genüge. Ich war drei Jahre in Berlin, darauf anderswo auf Unbestimmtes. Dann hatte ich's aber satt. Ich habe hier meinen Kohl und bin glücklich und zufrieden.“

„Eine bescheidene Lebensauffassung,“ sagte sie mit leichtem Spott.

Er erröte.

„Halten Sie mich deshalb nur nicht für einen Bauern, Fräulein Erfriede,“ entgegnete er ernst. „Ich hoffe, Sie sehen sich Garthausen einmal an und dann werden Sie mir gewiß Gerechtigkeit widerfahren lassen. Aber sehen Sie, mein Wahlpruch ist: Halte in Treue fest, was Dir anvertraut ist! Und diese Scholle, die seit zwei Jahrhunderten

